

Linz, Manfred

Working Paper

Wie kann geschehen, was geschehen muß? Ökologische Ethik am Beginn dieses Jahrhunderts

Wuppertal Papers, No. 111

Provided in Cooperation with:

Wuppertal Institute for Climate, Environment and Energy

Suggested Citation: Linz, Manfred (2000) : Wie kann geschehen, was geschehen muß? Ökologische Ethik am Beginn dieses Jahrhunderts, Wuppertal Papers, No. 111, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Wuppertal,
<https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:wup4-opus-10952>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/49136>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Manfred Linz

Wie kann geschehen, was geschehen muß?

Ökologische Ethik
am Beginn dieses
Jahrhunderts

No. 111 • Dezember 2000
ISSN 0949-5266

Wuppertal Papers

„Wuppertal Papers“ werden einer begrenzten Anzahl von Fachleuten zur Verfügung gestellt, um sich relativ frühzeitig mit bestimmten Aspekten der Arbeit des Wuppertal Institutes vertraut zu machen. Obwohl die Arbeiten vor ihrer Fassung als „Wuppertal Papers“ intern eine gewisse Diskussion erfahren, betrachten die Autoren/Autorinnen ihre Ergebnisse und Überlegungen als vorläufig. Alle Empfänger/innen sind daher eingeladen, die vorgelegte Arbeit zu kommentieren und anzureichern. Das Wuppertal Institut identifiziert sich nicht notwendigerweise mit dem Inhalt.

Leichte Abweichungen zwischen der Druckfassung und der PDF-Fassung sind möglich. Beispielsweise sind in diesem PDF-Dokument Leerseiten weggelassen worden. Sie sollten deshalb, wenn Sie aus dem PDF-Dokument zitieren, den Klammerzusatz „PDF-Fassung“ vermerken!

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH
Arbeitsgruppe Neue Wohlstandsmodelle
Dr. Manfred Linz
Döppersberg 19
42103 Wuppertal
Tel.: 0202-2492-136
Fax: 0202-2492-145
E-Mail: manfred.linz@wupperinst.org
<http://www.wupperinst.org>

Inhaltsverzeichnis

1 Einführung	5
2 Begriffe – Nomen est Omen	7
3 Begründungen	9
Der Mensch im Mittelpunkt	9
... oder die Natur?	9
Der christliche Schöpfungsglaube	10
4 Sustainable Development – keine Leerformel	11
5 Zielkonflikte	13
Die Industrieländer müssen beginnen	13
Was können Wissenschaft und Technik?	14
Zukunftsgerichtetes Handeln ist Risiko-Handeln	14
Spannungsfeld Globalisierung	16
Globales Management	18
Mensch und Tier	19
6 Was muß sich ändern?	21
Wertewandel	21
Die Fernen als Nächste	22
Und die nach uns Lebenden?	23
Aufgeklärtes Eigeninteresse, langfristiger Nutzen und Solidarität	23
Frauen und Männer	25
Genügsamkeit	26
7 Warum geschieht nicht, was geschehen muß?	29
Warum Einsicht und Handeln auseinanderfallen	29
Fundamentale Zweifel	31
8 Wie kann geschehen, was geschehen muß?	35
Bündnisse schließen	35
Wie Einstellungsveränderungen geschehen	35
Folgerungen	37
Stärkung der intrinsischen Beweggründe	38

9 Ethik – persönlich und politisch	41
10 Zur ökologischen Wirtschaftsethik	43
Alte und neue Prämissen	43
Selbstverpflichtungen	45
Verbrauchermacht	46
11 Verfahren der Einflußnahme	47
Bündelung der Kräfte	47
Konsens- und Konfliktregelungsverfahren	48
Literatur	51

1 Einführung

„Die größten Optimisten sind die Ben Akibas: Alles ist schon einmal dagewesen.“ Dieser Aphorismus von Stanislaw Lec kann erklären, warum der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, nachdem ihm eine kurze, intensive Aufmerksamkeit zuteil wurde, jetzt wieder an Beachtung (nicht etwa an Dringlichkeit) verliert: Einmal, weil es so viele von diesen Optimisten gibt, die glauben, was vor uns liege sei das, was wir schon kennen, und was wir darum mit den uns bekannten Mitteln bewältigen können; und dann, weil Unempfindlichkeit und Lethargie hier als Optimismus, also als Lebensbejahung erscheinen. Darum verblaßt die Besorgnis über die Naturgefährdung, darum weicht der Schutz unserer Lebensgrundlagen den kurzfristigen Beunruhigungen.

Tatsächlich gibt es keinen Grund zum Aufatmen. Im Gegenteil: Einzelne Gefährdungen mögen erkannt sein und abgestellt werden – ohne daß die eigentliche Bedrohung darum schwindet. Sie liegt in der weltweiten Ausdehnung einer Lebens- und Wirtschaftsweise, die schon heute, wo vielleicht ein Viertel der Menschheit sie praktiziert, die ökologische Tragfähigkeit unseres Planeten deutlich überfordert. Noch immer gilt, daß dieses Viertel drei Viertel der Ressourcen verbraucht und der Schadstoffe ausstößt. Die Ursache der gegenwärtigen, erst recht der kommenden Bedrohung liegt also vor allem in den reichen Ländern des Nordens, ihre Dramatik jedoch entsteht in den Schwellenländern Asiens und Lateinamerikas mit ihrer weiter wachsenden Bevölkerung. Was damit auf uns zukommt, ist aller Voraussicht nach mit nichts aus der verfügbaren Erfahrung zu vergleichen.

Was hilft gegen den erkenntnisblinden Optimismus oder die Verdrängung? Lange Zeit haben sich die Hoffnungen vor allem auf Effizienzerhöhung gerichtet: Wenn wir das vier-, das zeh-, das zwanzigfache an Wirkung aus Energie und Materie herausholen können, werden wir der Zukunftsprobleme Herr werden. Nun ist Ressourcen-Schonung unentbehrlich und verdient jede Förderung. Nur ist inzwischen klar, daß sie lediglich einen kurzen Aufschub bewirken wird, solange das, was eingespart wird, durch Mengenwachstum verzehrt wird. Soll das anders werden, müssen Menschen, ganze Gesellschaften sich ändern.

Wo sind die Kräfte der notwendigen Veränderung zu suchen? Wenn die Verlegenheiten wachsen, rücken zwei sonst eher für einflußarm gehaltene Kräfte zu Hoffnungsträgern auf: Bildung und Ethik. Sie sollen durch innere Wandlung bewirken, woran Politik und Markt zu scheitern drohen. Beide lassen sich auch nur zu gern bitten – und übernehmen sich leicht. Über Umweltbildung ist in ande-

ren Zusammenhängen nachzudenken. Hier ist zu fragen: Gibt es eine Ethik, die die Menschen in den Zusammenhang der Natur zurückholen kann? Die sie Maß halten lehrt, ihre Grenzen erkennen läßt und in ihnen zu leben anleitet? Wenn es eine solche Ethik gibt – wie wird sie wirksam?

Die folgende Ausarbeitung wendet sich vor allem an Leserinnen und Leser, die im persönlichen Leben, in ihrer beruflichen und politischen Arbeit, als Beteiligte in Gruppen, Initiativen, Verbänden für Zukunftsfähigkeit eintreten. Ich möchte mit ihnen zusammen überlegen, was eine ökologische Ethik heute vermag und welche Aufgaben sich ihr eben jetzt stellen. Beiträge dazu, kritische, ergänzende, weiterführende, sind sehr willkommen und sollen einer neuen Fassung zugutekommen.

2 Begriffe – Nomen est Omen

Praktische Philosophie oder Ethik, so läßt sich für unseren Zusammenhang formulieren, fragt nach den tragenden Überzeugungen, die das Handeln von Menschen leiten, nach ihrer Begründung, ihrer Berechtigung und ihren Folgen. Sie sucht nach den Normen, den Richtwerten und Leitsätzen, an denen sich ein das Leben bewahrendes und das Zusammenleben ermöglichendes Verhalten ausrichten soll und, ebenso wichtig, ausrichten kann.

Es ist nicht unwichtig, einer auf die Zusammengehörigkeit von Mensch und Natur gerichteten Ethik einen zutreffenden Namen zu geben. Umweltethik ist der geläufige Begriff. Er begünstigt freilich einen Irrtum und eine Kurzsichtigkeit: Einmal rückt er den Menschen in die dominierende Position. Was ausserhalb seiner ist, was ihn umgibt, steht in dieser Sicht zu seiner Verfügung, wird als Ressource verstanden, die er nach seinen Wünschen und Bedürfnissen benutzen kann. Und dann verstärkt der Umweltbegriff die Neigung, nur das zu schützen, was der jeweiligen Menschengruppe als unmittelbar bedroht erscheint. Im Umwelt-Denken wird die Gefährdung der menschlichen Gattung kaum erkennbar, erst recht kann eine dieser Bedrohtheit gemäße Abhilfe nicht in den Blick kommen. Beide zeigen sich erst in einem größeren Zusammenhang.

Darum spricht viel dafür, von einer ökologischen Ethik zu sprechen und damit das Nachdenken auf den Oikos, das ganze Haus, also auf Zivilisation und Natur als den Lebenszusammenhang, in dem wir Menschen stehen, zu lenken. Ökologische Ethik will die Einstellungen und Handlungen, mit denen Einzelne, Gesellschaften und die Menschheit ihren Lebensraum schützen können, benennen und begründen. Das Wort „ökologisch“ wird also bewußt aus seiner gebräuchlichen Beschränkung auf Umweltbelange befreit und mit dem ganzen Prozeß einer veränderten Wirklichkeitssicht verbunden. Ökologisch und nachhaltig werden einander erklärende Begriffe.

Ökologische Ethik muß sich dabei heute auf zwei spezifische Bedingungen einstellen: Einmal muß sie prüfen, wie angesichts scharf konkurrierender Interessen, großer kultureller Unterschiede und weit von einander abweichender Lebensentwürfe zu erreichen ist, daß Menschen und Gesellschaften sich auf ein gemeinsames Handeln verpflichten lassen. Sie hat darum zweitens zu bedenken, daß gerade ökologisches Handeln fast nie als konfliktfreie Verwirklichung von mitgebrachten Überzeugungen gelingen wird, daß eine naturbewahrende Ethik vielmehr in aller Regel mit Näherungswerten, mit Güterabwägungen, auch mit der Wahl des geringeren Übels beschäftigt sein wird, und daß, wie das Umweltgutachten

1994 zurecht anmahnt, die dabei gefundenen Resultate keinen geringeren ethischen Rang haben als die Durchsetzung reiner Prinzipien. Diese Einsicht hat akute Bedeutung; denn ohne sie werden als zu klein empfundene Schritte oder auch saure Kompromisse leicht als Niederlagen erlebt, ziehen sich gerade entschiedene Verfechter eines radikalen Wandels resigniert zurück und geraten in die Isolation des gescheiterten Rechthabens, während ihr Potential dem Veränderungsprozess verloren geht.

3 Begründungen

Es gibt einen ernsthaften Streit um die sachgemäße Begründung einer ökologischen Ethik. Er ist nicht müßig. Denn die unterschiedlichen Ansätze haben ein Teilrecht, und gleichzeitig ergänzen und korrigieren sie einander.

Der Mensch im Mittelpunkt ...

Der *anthropozentrische* Ansatz stützt sich auf die Sonderstellung des Menschen im Kosmos (und kann dafür auch die beiden Schöpfungsberichte der Bibel in Anspruch nehmen). Was in der Natur zu schützen ist, orientiert sich am Nutzen für den Menschen, auch an seiner Einfühlung in ihm zugängliches Erleben und Erleiden der Tiere. Ihr Recht hat diese Begründung darin, daß wir Menschen gar nicht anders können, als die Welt aus unserer menschlichen Perspektive zu sehen – auch dann, wenn wir uns bemühen, für das Ganze zu denken; daß wir Menschen von der Nutzung der Natur leben und damit menschlichen Bedürfnissen einen relativen Vorrang geben müssen; daß wir Menschen darum eine Rangordnung im Naturschutz herstellen müssen, und zwar sowohl innerhalb der Tierwelt (von Säugetieren zu Malaria-Mücken), als auch innerhalb der Pflanzenwelt (von Getreide zu den es zerfressenden Rost- und Brand-Pilzen).

... oder die Natur?

Der *ökozentrische* Ansatz wiederum rückt die Natur und in ihr das Leben in den Mittelpunkt des ethischen Denkens. Die Natur ist das Ganze, von dem der Mensch ein Teil ist. Die außermenschliche Natur wird damit zur natürlichen Mitwelt. Klaus Michael Meyer-Abich) Diese Ethik lehrt erkennen, daß Menschen unausweichlich selbst Natur sind, in ihr und mit ihr leben müssen und damit von ihr abhängig sind. Andererseits sind sie, als allein der Einsicht in die Natur und sich selbst fähig, das Andere der Natur (Vittorio Hösle). Wiederum ist Natur auch etwas vom Menschen Unterschiedenes, etwas vor ihm und ohne ihn Bestehendes (gegebenenfalls auch ihn Überlebendes!). In diesem Sinne ist die außermenschliche Natur ein eigenes Subjekt, dem eigene Rechte zukommen. So weiß es die Einsicht vieler Kulturen, aber inzwischen auch die heutige Erfahrung, daß wir Menschen uns selbst nachhaltig schaden, wenn wir der Natur ihre Rechte verweigern, etwa das Recht auf die möglichst schonende Nutzung der Ressourcen, auf Regionen der Unverletzlichkeit, auf den Schutz der Tiere. Da die Natur kein Rechtssubjekt im juristischen Sinne ist, also diese Rechte nicht selbst einfordern kann, muß der Mensch ihr Anwalt sein. Es ist unrichtig, daß ein Recht nur hat, wer es geltend machen kann. Dann wären Unmündige ohne Rechte.

Der christliche Schöpfungsglaube

Auch die *christliche* Begründung einer ökologischen Ethik hat ihr eigenes Recht. Sie wird vor allem mit der Schöpfungslehre verbunden. Nach den Berichten der Bibel ist dem Menschen die Bewahrung der Schöpfung als Aufgabe gestellt. Schon in der zweiten Schöpfungserzählung (Genesis 2) erhalten die Menschen den zweifachen Auftrag, die Erde zu bebauen, also für sich zu nutzen, und sie zu bewahren. Freilich ist der christliche Glaube gerade dieser Doppelbestimmung wegen für die Entwicklung der Moderne mitverantwortlich gemacht worden. Indem er den Menschen in den Mittelpunkt der Schöpfung rückt (er allein ist nach dem Bild Gottes geschaffen, er gibt den Tieren ihre Namen und verfügt damit über sie), schafft das Christentum, so wird ihm entgegengehalten, die geistigen Grundlagen für die Naturbeherrschung durch Wissenschaft und Technik und ist damit zum Wegbereiter der ökologischen Krise geworden. Aber auch das andere gilt: „Der Schöpfungsglaube macht den Menschen rechenschaftspflichtig.“ (Martin Honecker, 541) Was immer die „gnadenlosen Folgen des Christentums“ (Carl Amery im Untertitel seines Buches) in der Geschichte des Abendlandes waren – heute leistet die christliche Begründung einer ökologischen Ethik zwei unentbehrliche Beiträge. Sie besteht einmal darauf, daß der Einsatz für eine lebenswerte Welt und gegen die Selbstzerstörungstendenzen des Menschen aussichtsreich ist, weil noch immer gilt, auch gegen den Augenschein, was am Ende des sechsten Schöpfungstages galt: „Und Gott sah alles an, was er gemacht hatte, und siehe, es war sehr gut.“ Und ebenso besteht sie darauf, daß es zur Verantwortung wie zu den Möglichkeiten des Menschen gehört, seinen Teil zum Schutz der Erde beizutragen. Mit beidem hat sie einen anti-defaitistischen Grundton.

Freilich: Welche Eingriffe zerstören und welche bewahren die Schöpfung? Wer beurteilt das und nach welchen Kriterien? Hierzu hat auch der Schöpfungsglaube keine einfachen Antworten, ist vielmehr auf Fachwissen und Austausch angewiesen. Er muß also, wie alle anderen Begründungen auch, ins Getümmel der schwierigen Konflikte und Abwägungen, denen sich jede ernsthafte ökologische Ethik zu stellen hat. Von ihnen ist nun zu sprechen.

4 Sustainable Development – keine Leerformel

Den Beginn der gegenwärtigen Diskussion markiert die von den Vereinten Nationen berufene „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“. Sie sollte feststellen, „welches die erstrebenswerten Ziele für die ganze Welt sind“. Ihr 1987 erstatteter Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ (der sog. Brundtland-Bericht) bringt den Schutz der Umwelt in einen konstitutiven Zusammenhang mit der Überwindung von Armut und Hunger und sieht die Lösung im Leitgedanken des „Sustainable Development“. Es hat Sinn, sich die oft zitierte Definition des Brundtland-Berichtes noch einmal vor Augen zu führen.

„Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“ (Hauff, 46)

Auf den ersten Blick scheint das eine vage, inhaltsarme Bestimmung zu sein. Immer wieder ist gesagt worden, Sustainable Development habe nur darum eine so steile Karriere gemacht, weil jeder in diesen Begriff hineinstecken könne, was seinen Interessen dient. Das ist so nicht richtig. Natürlich ist der Begriff eine Ausgleich-Formulierung, wie der ganze Brundtland-Bericht ein Ausgleich-Dokument ist. Er hoffte ja noch (vor nur 13 Jahren), weltweites Wirtschaftswachstum und Naturschonung, die Bedürfnisse der Armen und den ungeschmälernten Vorteil der Reichen in Einklang zu bringen. Aber Sustainable Development macht doch eine deutliche Richtungsangabe. Zunächst: Wie die „Bedürfnisse der Gegenwart“ zu verstehen sind, wird im unmittelbaren Anschluß an die aufgeführte Definition erklärt. Es sind vor allem die Grundbedürfnisse weiter Teile der Bevölkerung in den Entwicklungsländern, also Nahrung, Kleidung, Wohnung, Arbeit, die gegenwärtig nicht befriedigt werden, und darüber hinaus die berechtigten Wünsche nach besserer Lebensqualität.

Und dann: Im Doppelbegriff Nachhaltige Entwicklung hat die Konferenz von Rio de Janeiro zwei Prinzipien aufgestellt und sie in den Erklärungen und Beschlüssen der Konferenz gegen Uneinsicht, den Widerstand partikularer Interessen, die Befürchtungen von Ländern und Ländergruppen festgehalten, noch nicht durchgesetzt, aber festgehalten. Einmal: Entwicklung als Weg aus der Armut und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen gehören zusammen. Sie lassen sich nicht gegeneinander ausspielen. Wer eines vernachlässigt, verfehlt beide. Leicht vergrößernd kann man sagen: In Rio war die Mehrung des Wohlstandes vor allem das Ziel der Entwicklungsländer, der Schutz der Natur vor allem das Interesse der reichen Länder. Beide erfahren im Verlauf der Konferenz, daß sie das Interesse

der jeweils anderen mitbedenken müssen, wenn sie ihre eigenen Interessen wahren wollen.

Und zweitens: Die Länder des Nordens und die des Ostens und Südens sind aufeinander angewiesen. Sie können nur miteinander *sustainable* werden, nicht ohne die Anderen oder gar auf deren Kosten Zukunftsfähigkeit erreichen. Dieses zweite Prinzip muß inzwischen richtiger heißen: Die globale Ober- und Mittelklasse kann ohne die zurückgelassene Mehrheit der Weltbevölkerung oder gar auf deren Kosten nicht zukunftsfähig werden. Das ist kein ethisches Postulat, es ist eine Einsicht, die sich aus den erkennbaren Perspektiven auf das 21. Jahrhundert ergibt. Noch einmal anders gesagt: Die Suche nach Zukunftsfähigkeit ist die Suche nach Naturschutz *und* Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist die zentrale Kategorie für friedensfähige Nord-Süd-Beziehungen, und ohne mehr Gerechtigkeit wird der Menschheit der Schutz ihrer natürlichen Lebensgrundlagen nicht gelingen. Beide Ziele werden so zu gleich wichtigen und gleich berechtigten Antrieben der internationalen Zusammenarbeit.

Die 10 Jahre nach Rio sind diesem Aufbruch viel schuldig geblieben. Anfangserfolge stehen eine verbreitete Unkenntnis und massive Verweigerungen gegenüber. Dennoch: Als Grundlage einer ökologischen Ethik im internationalen Kontext gibt es keine Alternative zur Verkoppelung dieser beiden Prinzipien. Es ist darum kurzsichtig, die Konferenz von Rio, wie es gern geschieht, zu bloßer Rhetorik zu entwerfen, statt die politischen und wirtschaftlichen Akteure immer wieder auf dieses Leitbild zu verpflichten.

5 Zielkonflikte

Dabei zeigt sich sofort: Alle Bemühungen, die beiden Elemente der Doppelforderung Naturschutz und Gerechtigkeit miteinander zu verwirklichen, führen in Interessengegensätze und erzeugen damit Zielkonflikte der unterschiedlichsten Art. Ihnen muß sich die Ethik stellen. Einige seien genannt:

Die Industrieländer müssen beginnen

Das inzwischen erreichte Niveau des Naturverbrauchs der reichen Länder ist schon in sich ökologisch unhaltbar. Umso weniger ist die Universalisierung ihres Lebensstandards und Güterwohlstandes möglich. Genau dies aber erstreben die wohlhabenden Schichten der Entwicklungsländer mit allen Mitteln. Sie nicht anders als ihre Vorbilder im Norden verstehen nachhaltige Entwicklung *faktisch* als nachhaltiges Wirtschaftswachstum. So fordert der Brundtland-Bericht einen Anstieg der Produktion um das 5 bis 10fache, um den Entwicklungsländern den Anschluss an den Norden zu ermöglichen. Ein Teil dieses Wachstums ist in der Tat unverzichtbar, um Hunger und Elend zu überwinden. Aber das Streben geht darüber hinaus auf gleiche Marktmacht und gleichen Lebensstandard. Davon werden die Entwicklungsländer nicht ablassen, solange die reichen Länder nur kosmetische Korrekturen an ihrer Lebens- und Wirtschaftsweise vornehmen.

Das heißt: Auch 10 Jahre nach Rio findet eine ökologische Ethik hierzulande ihre vordringliche Aufgabe darin, die eigene Gesellschaft schrittweise und zielstrebig zur Zukunftsfähigkeit zu befähigen, zunächst einmal dadurch, daß Bevölkerung und Wirtschaft in absehbarer Zeit nicht mehr von den Ressourcen der Natur in Anspruch nehmen als ihnen zusteht, ihr auch nicht mehr an Schadstoffen aufbürden. (Vgl. dazu den folgenden Abschnitt) Und dies aus drei Gründen: Die Industrieländer haben erstens in den zwei Jahrhunderten ihrer Industrialisierung bereits starke Umweltschäden verursacht und bleiben einstweilen die größten Schädiger der Natur. Zweitens verfügen sie für die notwendigen Veränderungen über erheblich mehr technische und finanzielle Mittel als die allermeisten Länder des Südens und Ostens. Drittens ist ihre Lebensweise zum Vorbild geworden und bis heute geblieben. Aller Voraussicht nach werden gerade die Schwellenländer ihre Aufholjagd erst überdenken, wenn sie die Vorreiter ernsthafte Schritte zum Rückbau der Umweltbelastung und zur Selbstbegrenzung tun sehen.

Um diesen Gesichtspunkten zu politischer Wirkung zu verhelfen, müssen sich aufgeklärter Eigennutz und Verantwortung, Weitblick und Moral verbünden. Wir

werden dieser Kombination von Motiven immer wieder begegnen. Sie sind für eine realitätsnahe ökologische Ethik konstitutiv.

Was können Wissenschaft und Technik?

Die Aufgabe der ökologischen Ethik lässt sich keineswegs, wie Zukunftsoptimisten vorschlagen, an die Fortschritte von Wissenschaft und Technik delegieren. Gewiß ist richtig, daß wir eine außerordentliche Anstrengung benötigen, „einen Technik-Schub ohnegleichen, um unsere Techniken der Natur anzuhäneln“. (Gert Kaiser, 251) Revolutionäre Techniken sind unentbehrlich, um angesichts der fortschreitenden Beschädigungen die Natur zu erhalten und damit den Fortbestand der Menschheit zu ermöglichen. Es müssen freilich gezähmte Techniken sein, die sich den ökologischen und sozialen Zielen unterordnen. Sie können einen schonenden und sparsamen Ressourcengebrauch bewirken und Schadstoffbelastungen auffangen; sie sind unersetzbar für Ernährung und Gesundheit der wachsenden Weltbevölkerung. Aber gleichzeitig sind sie die Mitursache der gegenwärtigen Krise, da die Reichweite und die Tiefe der bisherigen Eingriffe in die Natur größer waren als die Voraussicht der sie verantwortenden Menschen, so daß wir, wie Günther Anders gesagt hat, inzwischen mehr herstellen als wir uns vorstellen können. Die Hoffnung, daß Forschung und Entwicklung in Zukunft nur *Problemlösungen* bereitstellen und nicht auch neue Gefährdungen schaffen, ist trügerisch, wie sich an der Atom- und Gentechnologie schon heute belegen läßt.

Vor allem: Wieviel Sorge um die Bewahrung des Lebensraumes kann man im Interesse des eigenen unveränderten Lebens und Wirtschaftens auf die rettenden Techniklösungen der Zukunft vertagen – ohne dass das zur Flucht aus der Verantwortung für die eigene Übernutzung der Natur wird? Wie immer man diese Fragen im einzelnen beantwortet, soviel ist sicher: Ökologische Ethik wird auch eine Ethik des Vermeidens sein und damit der Genügsamkeit (siehe den folgenden Abschnitt). Sie wird ebenso ihren Beitrag dazu leisten, dass Forschungspolitik, Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung von Wertentscheidungen geleitet werden, und dass staatliches Handeln partikularen Interessen Grenzen setzt. Individualethische Maximen, die den einzelnen zur Veränderung seines Lebens aufrufen, erreichen diesen Verantwortungszusammenhang noch nicht.

Zukunftsgerichtetes Handeln ist Risiko-Handeln

Die internationale Gemeinschaft wird in den kommenden Jahrzehnten Entscheidungen mit einschneidenden Folgen treffen müssen. Sie wird bestimmte Entwicklungen wählen und andere abwählen müssen. Diese Wahl und Abwahl betrifft erlaubte Verbräuche und Emissionen, begünstigte oder abzuweisende Technologien, die Autorität und Macht globaler Instanzen, die Regulierungen von Weltwirtschaft und globalen Finanzgeschäften. Vieles muß dabei unter der

Bedingung von Unsicherheit entschieden werden. Statt gesicherter Fakten werden es oft hohe Wahrscheinlichkeiten oder auch nur begründete Vermutungen sein, die Entscheidungsdruck erzeugen. Tritt das begründet Vermutete oder Wahrscheinliche nicht ein, war die Anstrengung unnötig. Tritt es aber ein, ohne daß gehandelt wurde, sind die Folgen zerstörerisch. In vielen Fällen wird die große Mehrheit der Fachleute übereinstimmende Urteile abgeben; aber fast immer – so lehrt die Erfahrung – wird es dissentierende Stimmen geben. Je mehr eine Entscheidung in das gewohnte Leben und Wirtschaften, in die bestehenden Machtverhältnisse eingreift, je elementarer heutige Interessen berührt werden, desto stärker werden sich die gegenwärtigen Gewinner und die potentiellen Verlierer auf jene Unsicherheit und jenen Dissens berufen.

Weiter: Die Einschätzung, auch schon die Wahrnehmung von Risiken hängt in einem hohen Maße von Grundhaltungen ab. Schon die Beurteilungen der Situation gehen weit auseinander: Wie dramatisch ist sie? Welche Risiken sind vertretbar? Was ist sinnvollerweise zu tun? Es gibt ein Zukunftsvertrauen, das von düsteren Prognosen kaum erreichbar ist. Risiken sind dann vor allem Chancen. Ganz anders jene, die das Überleben der Menschheit für gefährdet halten. Sie sehen sie in einer Fehlentwicklung begriffen, einer Megalomanie. Rückkehr zum Maß und damit Verringerung der Risiken ist ihr Leitgedanke.

Wie schwierig die Verständigung zwischen Zukunftsvertrauen und Zukunftszweifel ist, läßt sich an zwei stark diskutierten Feldern zeigen..

- In der Klimapolitik ist eine Entscheidung zwischen *vorsorgendem und nachsorgendem Handeln* zu treffen. Ist die Erderwärmung möglichst zu verhindern durch Verzicht auf klimaschädigende Produkte und Technologien, die Begünstigung regenerativer Energien und die beides bewirkenden staatlichen Förderungen und Verbote? Oder ist es berechtigt, die Klimaveränderungen abzuwarten und sich gegebenenfalls durch Adaptationsstrategien an sie anzupassen, etwa durch die Züchtung salzresistenter Pflanzen, verstärkten Küstenschutz oder durch großtechnische Verfahren, Geo-Engineering genannt? Welcher Art sind die Risiken, und wer hat sie zu tragen? Und wenn sich, wie es wahrscheinlich ist, eine Sowohl-Als-auch-Strategie empfiehlt – wohin sollen die Schwergewichte gelegt werden?
- Die gleichen Fragen stellen sich, wenn es um die sog. *starke oder schwache Nachhaltigkeit* geht. Muss unsere Generation den Naturbestand (oft verräterisch Naturkapital genannt) für die zukünftigen Generationen möglichst unverehrt erhalten (starke N.), oder kann sie, wie eine optimistische Vorausschau annimmt, die Übernutzung der Ressourcen dadurch ausgleichen, dass sie den Nachfolgern ein höheres Geldkapital hinterlässt, das sie durch die Belastung der Natur erwirtschaftet hat, und das jene zur Sicherung ihrer Lebensgrundlagen einsetzen können? Ein Großteil der hier zu treffenden Einzelmaßnahmen

fällt aufgrund normativer, oft nicht bewußt gemachter Vorentscheidungen, wobei die schwache Nachhaltigkeit erhebliche Probleme hat, ihre ethische Ernsthaftigkeit glaubwürdig zu machen.

Ein Konglomerat also von Motiven, Grundstimmungen, Überzeugungen, Interessen, Ambivalenzen. Es zu entwirren und in entscheidungsfähige Alternativen zu bringen – daran wird sich eine handlungsorientierte ökologische Ethik intensiv beteiligen. Die dabei getroffenen Entscheidungen wird sie nicht nur als Gewißheiten vor sich her tragen dürfen; sie muß sie vielmehr mit öffentlich wirksamen Argumenten so vertreten, daß sie im Disput Anerkennung finden und als politische Option ernstgenommen werden.

Spannungsfeld Globalisierung

Je mehr politisches Geschehen sich in globalen Dimensionen abspielt, je mehr Wirtschaftsunternehmen zu Global Players mutieren, je stärker die ökologischen Systeme belastet werden, je größer die Kluft zwischen Habenden und Habenichtsen wird, desto notwendiger werden weltweite Übereinkünfte mit verbindlichen Regeln und einforderbaren Verträgen. Im Klima- und Artenschutz, in der Zählung des Wettbewerbs, im Ausgleich zwischen Reichen und Armen – überall wird es ohne verpflichtende globale Absprachen nicht gehen. Nur sind die internationalen Beziehungen davon einstweilen weit entfernt. Eine den Steuerungsaufgaben angemessene und im Alltag funktionierende Global Governance ist noch nicht in Sicht.

Ökologische Ethik betritt hier ein Feld, das durch seine schiere Größe, die hier operierenden Machtpotentiale und die Heftigkeit der Konkurrenzen eine ethische Beeinflussung auszusperren scheint. Was hier zu bewegen ist, übersteigt, so mag eine verständliche Resignation urteilen, die verfügbaren Instrumente und die vorhandenen Kräfte derer, die für eine nachhaltige Entwicklung eintreten.

Die Hemmnisse und Widerstände sind in der Tat immens. (Wolfgang Sachs 2000)

- Die Globalisierung der Wirtschaft ist der internationalen politischen Ordnung davongelaufen.
- Die ökonomische Macht löst sich aus ihrer politischen Einbindung. Die weltweit operierenden Industrie-, Finanz- und Dienstleistungsunternehmen entziehen sich einstweilen so weit wie möglich begrenzenden Regeln und der staatlichen Inanspruchnahme für Gemeinschaftsaufgaben.
- Global Governance verlangt von den Staaten einen Teilverzicht auf Souveränität und damit auf Macht. Es ist nicht erkennbar, daß die mächtigen Staaten und Staatengemeinschaften schon bereit sind, auf die Durchsetzung ihrer Ziele zugunsten einer internationalen Rechtsordnung zu verzichten.

- Was schon an globalen Institutionen existiert, verfolgt zum Teil gegensätzliche Interessen. Rio und Marrakesch sind die Namen, mit denen sich im ersten Fall die Konventionen zum Schutz des Klimas und der Artenvielfalt verbinden, im zweiten Fall die Welthandelskonferenz mit ihrer Präferenz der unregulierten Weltwirtschaft.
- Noch ist nicht erkennbar, wie sich Weltinstanzen so legitimieren können, daß auch ihre schmerzhaften Eingriffe von Völkern und Gemeinschaften anerkannt werden. Demokratie etwa ist für ihr Funktionieren auf die Überschaubarkeit des Gemeinwesens angewiesen. Sie hat also ein Größenproblem. Der demokratische Nationalstaat löst es leidlich durch Repräsentation. In der Europäischen Union stößt diese schon an ihre Grenzen. Im Weltmaßstab könnte demokratische Willensbildung an der Unanschaulichkeit und an den Ausmaßen der globalen Körperschaften scheitern. Es muß ja nicht viel verkehrt laufen, um globale Institutionen die Interessen mächtiger Oligarchien bedienen oder unter das Regiment basisferner Bürokratien geraten zu lassen.

Wie kann eine ökologische Ethik auf dieses Geschehen einwirken?

- Sie wird der behaupteten Unentrinnbarkeit des Geschehens, so wie es abläuft, widersprechen und auf einer genauen Diskussion der Entwicklung bestehen. Sie wird also die Notwendigkeit und die Legitimität dessen prüfen, was sich als normative Kraft des Faktischen ausgibt und doch oft nichts anderes ist als die Begründung eigener Interessen mit scheinbarer Notwendigkeit
- Sie wird den Mythos auflösen, als sei die Erde ein Wirtschaftsraum, in dem doch alle die gleichen Chancen hätten. Sie wird die faktischen Dominanzen offenlegen, für eine Begrenzung von Wirtschaftsmacht eintreten und sich für Strategien und Instrumente einsetzen, die die Ungleichheit verringern und die Chancen der Beiseitegedrängten stärken.
- Sie wird für die vorsorgende Wahrung der Naturgrenzen eintreten, dafür bindende Vereinbarungen einfordern und auf ihrer politisch-rechtlichen Verfasstheit bestehen einschließlich der Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen. Sie wird den politischen Instanzen in ihrer Steuerungsaufgabe den Rücken stärken.
- Sie wird die Vereinten Nationen stärken und die unter ihrer Autorität arbeitenden Regime stützen.
- Sie wird die Einsicht in die Endlichkeit des Planeten und in seine durch die sozialen Klüfte bedrohte Sicherheit immer wieder erneuern und ihr sinnfälligen Ausdruck geben.
- Sie wird Alternativen zu einer schrankenlosen Globalisierung entwickeln und dabei den Wert und die Lebensfähigkeit regionaler und lokaler Zusammenhänge herausstellen.
- Sie wird den Selbsterhaltungstrieb der Menschen darüber aufklären, daß er sich selbst nur gemeinsam mit den andern schützen kann, und daß sich der eigene Nutzen nur mit dem Nutzen der anderen zusammen wahren läßt. (Vgl. dazu das folgende Kapitel)

Das alles wird eine ökologische Ethik nur selten als Appell vortragen und sicher nicht als allgemeine Forderung „To Whom It May Concern“ verbreiten. Sie wird beharrlich Konkretionen suchen und in ihnen Koalitionen sowohl mit Institutionen als auch mit den internationalen Netzwerken der Zivilgesellschaft. Es gibt ja dringende Regelungsnotwendigkeiten genug, die jetzt unter Verhandlung sind oder in Angriff genommen werden müssen, wie etwa die Ausgestaltung der Klima-Konvention mit CO₂-Zertifikaten und den Activities Implemented Jointly (AIJ); ein fairer Schlüssel für die Inanspruchnahme der Global Commons, also für die Belastungsrechte der Atmosphäre, die Nutzung der internationalen Gewässer, den Artenschutz; die Ernährungssicherung der weiter wachsenden Weltbevölkerung usw. Alles, was dabei zu bedenken ist, enthält ethische Komponenten. Sie brauchen fachkundige, konflikt- und verständigungsbereite Anwälte.

Globales Management

In ein ähnliches Spannungsfeld gerät ökologische Ethik, wenn es um die Erfordernisse planenden globalen Handelns im Verhältnis zu den daraus entstehenden Bedrohungen geht. Die Global Commons etwa lassen sich wirksam nur durch globale Regelungen schützen. Die dazu nötigen Regime werden z.Zt. in mühsamen Verhandlungen entwickelt. Aber der Ehrgeiz der politischen und ökonomischen Globalisierungsbefürworter geht weit darüber hinaus: „Managing Planet Earth“ (so die Zeitschrift „Scientific American“) kann zum Programm werden. Ein globaler Wirtschaftsraum soll universalen Wohlstand schaffen und eine Pazifizierung der ethnischen und kulturellen Gegensätze erreichen. Oder aber: Die Notwendigkeit eines globalen Umwelt- und Entwicklungsmanagement wird gerade mit der ökologischen Krise begründet. Eine Rahmenplanung, die „Technische Anleitung Erde“, soll der unaufhaltsamen, wildwüchsigen Ausbreitung der technisch-industriellen Zivilisation Schranken setzen. (Hans-Joachim Schellnhuber) Ein weltumspannendes Öko-System soll entstehen. Naturschutz, Bevölkerungskontrolle, Förderung der Entwicklungsländer werden in einem umfassenden Programm vereinigt und sollen für ein ökologisch-soziales Welt-Gleichgewicht sorgen.

Verheißung und Fluch liegen hier dicht beieinander. Ein globales Management-System setzt ja eine irreversible Dynamik in Gang: Ein Handlungszwang führt zum nächsten, jede Strategie macht, um Nebenwirkungen zu verhindern, eine neue, weiterreichende notwendig, ein Wettlauf entsteht zur Sicherung der Balance, und damit wächst die Risikospirale. Trotzdem: Auch wer dem Versprechen einer systemisch befriedeten Weltgesellschaft nicht glaubt, wird doch zur Abwehr lebensbedrohender Schäden für wirksame Regime im Rahmen der Vereinten Nationen eintreten; er wird auch Maßnahmen und Mittel fordern, die den armen Ländern der Dritten Welt eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen. Überall wird mit dem politischen Urteil auch ethisches Nachdenken benötigt, und zwar ein solches, das Konkretionen nicht ausweicht.

Mensch und Tier

Eines der dornigsten Probleme jeder Ethik ist das Verhältnis zwischen Mensch und Tier. Naturwesen wie wir, sind Tiere nach dem Belieben der Menschen entweder seine Gefährten oder auch dem reinen Nutzenkalkül unterliegende Sachen. Für die jeweilige Einstufung nehmen Menschen ihre Sonderstellung als vernunftgeleitete und mit Herrschaftsauftrag versehene Wesen in Anspruch. Zwiespältige Gefühle regieren darum die Beziehung. Den höheren Tieren wird von den meisten Menschen unseres Kulturkreises ein Eigenrecht auf Leben zuerkannt, auch ein Recht auf Schonung ihrer Empfindungs- und Leidensfähigkeit. Unmittelbare Tierquälerei gilt als abscheulich. Auch Tonnen vergifteter Fische am Ufer werden als verwerflicher Eingriff in die Tierwelt angesehen. Dagegen: Die mit Angst und Qual verbundene Praxis der Massentierhaltung, die übliche Schlachtung, die Tierversuche, auch die Schaffung genveränderter Rassen stoßen zwar auf scharfe Kritik von Minderheiten, begegnen in der Mehrheit aber einer mit kurzlebiger Entrüstung verbundenen Indolenz. Der Grund dieser Unempfindlichkeit liegt in der Instrumentalisierung der Tiere für Zwecke des Menschen: für leichten Gewinn, für billiges Fleisch, für wirksame Medikamente und Kosmetika.

Als Naturwesen leben Menschen und Tiere von anderem Leben. (Auch die Veganer tun es und machen zur Rechtfertigung einen kategorialen Unterschied zwischen Pflanzen und Tieren.) Eine weiter wachsende Menschheit wird für Ernährung und Kleidung auf Nutzung und Verzehr von Tieren angewiesen sein. Ökologische Ethik wird überlegen, wie das mit dem Schutz der Tiere zu vereinbaren ist. Sie wird u. a. jene Aufforderung an die Menschen im biblischen Schöpfungsbericht: Herrschet über die Tiere (Genesis 1, 28) von einer Auslegung befreien müssen, die die schrankenlose Unterwerfung der Tiere sanktioniert. So lange freilich Schoßtiere allgegenwärtig sind, wichtige Nutztierarten (und die Bedingungen ihrer Aufzucht) aber fast unsichtbar bleiben, wird sich die Kluft zwischen dem Wissen um das Eigenrecht der Tiere und seiner Durchsetzung nur schwer schließen lassen. Artgerechte Haltung kann gewiß die Leidensfreiheit der Tiere ermöglichen. Schon das frühe Schlachten von Lamm und Kalb freilich verwehrt ihnen das Eigenrecht auf Leben. Im Verhältnis zwischen Mensch und Tier erlaubt nur strikte Prinzipientreue reine Lösungen. Eine auf Mehrheitslernen gerichtete Ethik wird hier einsehen müssen, daß die existierenden Gesellschaften den Tieren nicht wirklich gerecht werden können, daß wir, die wir in ihnen leben, in der Nutzung der Tiere über Kompromisse mit Bruchkanten nicht hinauskommen.

6 Was muß sich ändern?

Die Naturkrise, so lautet das Urteil der Einsichtigen, ist eine Gesellschaftskrise. Es sind die Leitbilder, die treibenden Kräfte des persönlichen und gemeinschaftlichen Handelns, die die natürlichen Lebensgrundlagen gefährden. Nachhaltige Entwicklung wird nur möglich, wenn die geistigen Grundlagen unserer Naturbemächtigung überdacht, wenn die kulturellen Selbstverständlichkeiten in Frage gestellt, wenn die Einstellungen, die die Erfolge und Auswirkungen unserer bisherigen Lebensweise hervorgebracht haben, befragt, wenn die geltenden Maximen des Handelns geprüft werden. Das zu tun ist das Proprium einer ökologischen Ethik. Pars pro toto seien eine Reihe solcher Prüfverfahren angesprochen.

Wertewandel

Eine der am häufigsten erhobenen Forderungen ist die nach einem Wertewandel, also nach einem Wandel der Maßstäbe dessen, was als gut, als erstrebenswert gilt. Sie ist gleichzeitig die diffuseste. In ökologischen Zusammenhängen wird sie meist mit einer pessimistischen Einschätzung der stattgefundenen Entwicklung verbunden: dem Werteverfall. Verfallen, verloren gegangen sein soll: Gemein-sinn, Maßhalten, Vorsorge, Spiritualität usw. An ihre Stelle seien materieller Wohlstand, persönliche Selbstverwirklichung, individueller Nutzen, kurzfristig erreichbare Ziele, Spaß-Orientierung, Genuß getreten. In solchen Negativlisten meldet sich eine berechtigte Sorge um das Zusammenleben zu Wort. Aber gleichzeitig schaffen sie Unbehagen. Forderungen an andere, gar an eine ganze Gesellschaft sind wohlfeil. Sind sie so, wie sie erhoben werden, überhaupt erfüllbar? Kann man fordern, daß eine Gesellschaft gemeinsame Werte entwickelt und wieder verbindlich macht? Wer ist der Akteur? Wer der Adressat?

Auch wenn es Mangelerscheinungen im Gemeinwohl gibt – einer ökologischen Ethik wird es schwerlich bekommen, in die Klage um den Werteverlust einzustimmen, schon darum nicht, weil sie ihr die Aufmerksamkeit derer entzieht, die doch den erstrebten Wandel vollziehen sollen, sich aber kaum so abgeurteilt sehen möchten; aber auch nicht, weil z.B. Selbstverwirklichung, wie noch zu zeigen ist, durchaus ein bestimmendes Motiv des Eintretens für Nachhaltigkeit sein kann. Im übrigen ist der Befund mehrdeutig: Der Wunsch und wohl auch die Zahl der Menschen, die mit anderen zusammengehören und sich für sie einsetzen möchten, ist weder in Deutschland noch in anderen Industrieländern zurückgegangen, auch nicht bei den Jugendlichen. (Deutsche Shell) Die Bereitschaft, in Zusammenhängen der Zivilgesellschaft persönliche Verantwortung zu übernehmen, ist in den letzten Jahrzehnten deutlich gewachsen. Was sich geändert hat,

sind die Voraussetzungen dieser Beteiligung und ihre Modalitäten, auch die mitgebrachten Erwartungen an den eigenen Einsatz. Das ist genau zu prüfen und zu berücksichtigen. Aber es gibt einstweilen keinen Anlaß zu vermuten, die Bereitschaft, sich um das Wohl des Nächsten und des Ganzen zu kümmern, leide an Auszehrung.

Wohl aber gibt es eine Reihe von gemeinschaftsbezogenen Einstellungen, die sich wandeln, zum Teil auch fundamental verändern müssen, um den Weg zur Nachhaltigkeit zu ermöglichen.

Über die Fernen als Nächste

Nach einer verbreiteten Anschauung innerhalb der Anthropologie ist das Verhalten des Menschen auf „Nahsicht“ eingestellt. Von Anfang der Menschheitsentwicklung, so sagt etwa Arnold Gehlen, habe die Unterscheidung zwischen denen, die zur Sippe, also zum überschaubaren Lebenskreis gehören und darum zu lieben und zu schützen sind, und den Fremden arterhaltende Wirkung gehabt. Wenn sich jedoch die Liebe als das lebensnotwendige Ethos der Sippe überdehne und die ursprüngliche Trennung in Freunde und Feinde bei der Ideologie der substantiellen Gleichheit aller Menschen anlange, dann werde die Menschheit an ihrer ungehinderten Entfaltung zugrundegehen.

Diese Trennung zwischen Nah und Fern, Nächsten und Fernsten, hat – wenn sie je richtig war – am Beginn dieses Jahrhunderts ihre arterhaltende Wirkung verloren. An die Stelle dieser Scheidung muß die Einsicht in die fundamentale Zusammengehörigkeit der Menschheit untereinander und mit dem Planeten, den sie bewohnt, treten. Sie wird sinnenfällig erst bei einigen der epochalen Probleme (Klimaveränderung, Vergiftung der Meere, Versteppung der Böden, atomare Risiken, ökologische und politische Auswirkungen der Armut), bei anderen noch keineswegs (Warum sollten bei oberflächlicher Betrachtung europäische Länder ihren Giftmüll nicht in Afrika vergraben, wenn sie dafür bezahlen?) Sie fehlt bisher fast ganz in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Hier gilt das Gewinnmotiv in all seinen Ausprägungen mitsamt der Bereitschaft, andere zu Verlierern zu machen, als unerlässlich und als Motor des Fortschritts.

Die Schwierigkeiten, die fundamentale Zusammengehörigkeit der Menschheit handlungsleitend zu machen, sind kaum zu überschätzen. Mitgefühl (wenn es mehr ist als eine kurze Aufwallung bei fernen Katastrophen) ist auf Vorstellbarkeit der Situation und der Personen angewiesen. Mit der Entfernung wächst die Fremdheit, mit der Zahl der Betroffenen das Gefühl der Unzuständigkeit. Schon die Nächstenliebe behauptet sich ja nur mit Mühe gegenüber der Selbstliebe. Dem Wohl der Fernen gleichen Rang einzuräumen ist noch beschwerlicher. Es bedeutet ja, einen mir bekannten, erstrebenswerten Vorteil zurückzustellen zugunsten des

nur allgemein benennbaren Wohles mir unbekannter und unbekannt bleibender Personen.

Eine solche Ausweitung des moralischen Handlungsfeldes wird als persönliche ethische Leistung eine Ausnahme bleiben. Gesellschaftliche Anerkennung und damit Breitenwirkung gewinnt diese Perspektive dann, wenn, wie gleich zu zeigen ist, eine Trias von Motiven entsteht, wenn sich die Fernstenliebe mit dem aufgeklärten Eigennutz und dem aus ihm kommenden Gedanken menschheitlicher Solidarität verbinden und plausibel machen läßt.

Und die nach uns Lebenden?

Das gilt ebenfalls im Hinblick auf die nachfolgenden Generationen. So wenig wir von ihnen wissen (nicht einmal, ob und wie lange es sie überhaupt geben wird) – ihre Grundbedürfnisse bezüglich Atemluft, Nahrung, Gesundheit wie auch die Voraussetzungen ihrer zivilisatorischen Entfaltung entsprechen vorhersehbar den unseren. Die heute Lebenden, die selbst eine Nachfolgegeneration vor ihnen Lebender sind, haben keine ethische Berechtigung, den ihnen potentiell Nachfolgenden die Lebensgrundlagen wissentlich oder fahrlässig zu entziehen.

Wiederum: Dieser ethische Appell allein bewirkt nicht viel. Er wird folgenlose Zustimmung finden. Als Test sei die Beantwortung der ersten Frage im ersten Fragebogen von Max Frisch empfohlen: „Sind Sie sicher, daß Sie die Erhaltung des Menschengeschlechts, wenn Sie und alle Ihre Bekannten nicht mehr sind, wirklich interessiert?“ (9) Die Nachgeborenen insgesamt sind zu weit entfernt. Anders ist es, wenn ich bis zur Generation der Kinder und Enkel vorausdenke. Bis dorthin haben Vorsorge und Fürsorge einen realen Adressaten und erlauben eine klare Voraussicht, worauf diese Menschen nicht werden verzichten können, was wir ihnen darum auch nicht vorenthalten dürfen. Was wir aus Zuneigung unseren Kindern und Enkeln ersparen, kommt auch den nach ihnen Lebenden zugute. In diesem Sinne kann ich mir den kategorischen Imperativ aneignen, den Hans Jonas mit Blick auf die ökologische Verantwortung des Menschen neugefaßt hat: „Handle so, daß die Wirkungen deiner Handlung verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden.“(36)

Über aufgeklärtes Eigeninteresse, langfristigen Nutzen und Solidarität

Menschen sind, wie noch zu besprechen ist, in ihrem Handeln keineswegs nur vom Eigeninteresse geleitet. Aber unbestritten ist, daß Eigennutz einer ihrer stärksten Antriebe ist. Er hat freilich bei den Ethikern keinen guten Leumund. Denn der Eigennutz hat einen Januskopf, dessen von einander abgewandte Gesichter höchst ungleiche Züge haben. Das eine ist die Selbstsucht, die Durchsetzung auf Kosten anderer als Außerachtlassen, Benachteiligen, Übervorteilen, Ausbeuten, Zugrunderichten. Das andere Gesicht ist der Eigennutz als Grundantrieb aller

Lebewesen. Leben ist auf seine Selbsterhaltung bedacht. Dieser Eigennutz ist bildbar und wird damit zum konstitutiven Bestandteil einer ökologischen Ethik. Bisher war er – vielleicht als Mitgift aus der Evolution – kurzsichtig und nahsichtig. Darin ist er inzwischen so erfolgreich geworden, daß die Menschheit ihr eigenes Überleben gefährdet. Im Bericht des Club of Rome von 1991 „Die globale Revolution“ heißt es: „Erst, wenn die Bewohner dieser Erde erkennen, daß sie von den gleichen unmittelbaren Gefahren bedroht werden, kann ... jene Kooperation entstehen, die für das Überleben der Menschheit notwendig ist.“ (11) Genau das muß der Eigennutz heute lernen. Er muß sich so erweitern, daß er, wo nötig, die ganze Menschheit einschließen kann, und er muß sich so verlängern, daß er den langfristigen Nutzen und Schaden gegen den kurzfristigen abwägen kann. Geht das?

Ein aufgeklärter Eigennutz kann Folgendes einsehen: Es gibt immer mehr Interessen, die alle Menschen gemeinsam haben; es gibt auch immer mehr Gefahren, die sie gemeinsam betreffen. Wen nach einem Reaktorunfall die Nuklearwolken erreichen, entscheidet der Wind. Gegen grenzüberschreitende Naturzerstörung kann sich kein Staat wehren. Der globale CO₂-Anstieg bedroht den für Europa lebenswichtigen Golfstrom. Ähnliches gilt für El Niño. Je größer die menschlichen Eingriffe in die Natur werden, desto häufiger betrifft, was in entfernten Regionen der Erde geschieht, auch uns. In elementaren Lebensbereichen wird es immer weniger möglich, sich auf Kosten der anderen dauerhafte Vorteile zu verschaffen. Andersherum gesagt: Der Anteil an Eigennutz, den wir nur mit andern zusammen erreichen oder festhalten können, nimmt ständig zu. Und diese andern sind nicht mehr nur einzelne Menschen oder wie früher ein Stamm oder eine Nation – das ist in wichtigen Bereichen inzwischen die Menschheit.

Es gibt sprechende Beispiele für diese Einsicht. Sollten die Staaten der ehemaligen Sowjetunion im Chaos versinken und damit die Atomwaffen und die maroden Reaktoren außer Kontrolle geraten, sind große Regionen der Erde bedroht. Aus Eigennutz haben die reichen Länder keine andere Wahl, als mit viel Geld dort erträgliche soziale Verhältnisse zu befördern. Den afrikanischen Kontinent kann der kurzfristige Eigennutz sich selbst überlassen, der langfristige nicht. Wenn sich dort die Wüsten ausbreiten, wird unser Klima verändert; Hungerwanderungen werden Europas Küsten zum Ziel haben. Die Not entwickelt weltweit Chaosmacht, auch durch Drogenhandel und internationalen Terrorismus. Und auch Armut zerstört die Natur, etwa durch Auslaugen der Böden, durch Abholzen der Wälder. Solange große Teile der Menschheit in äußerster Bedürftigkeit leben, läßt sich die natürliche Mitwelt nicht erhalten, selbst wenn die Industrieländer ökologisch verantwortlich leben – wovon sie noch weit entfernt sind.

Überhaupt: Wohlstandsinseln in einem Meer von Elend – das ist eine hochgefährdete Existenz. Zwar laufen Szenarios um, die den wohlhabenden Ländern eine Fortsetzung ihrer Lebensweise versprechen. Mobile Streitkräfte sollen weltweit

Unruhen im Keim ersticken, elektronisch gesicherte Grenzen den Zustrom der Armen aufhalten. In den Ländern des Nordens wiederum, so heißt es, ließen sich Naturbeschädigungen nach und nach ausgleichen, ohnehin sei nachträgliches Anpassen billiger als Vermeiden. Solche Vorstellungen verdanken sich einem Wunschdenken, dem es an Erleuchtung gerade fehlt. Wohlstand ist nur ungefährdet, solange er den Notleidenden unbekannt bleibt, für sie unerreichbar ist, oder die Aufteilung in Reiche und Arme als schicksalhaft hingenommen wird. All dies trifft nicht mehr zu. In dieser vernetzten Welt wissen viele von vielen zuviel, sind auch die Mittel der Gegenwehr zu verfügbar, als daß sich große Teile der Weltbevölkerung in ein wachsendes Elend fügen werden. Hier gilt: „Den politischen Terror kann aus der Welt schaffen, wer die ihm zu Grunde liegenden Probleme löst, bevor sie die Gewalt freisetzen.“ (Ernst-Otto Czempel)

So gewinnt das verschlissene Wort Solidarität neue Bedeutung. Es ist ja von Hause aus beileibe kein Allerweltswort. In der Geschichte der Arbeiterbewegung hat es seinen genauen Sinn bekommen. Solidarität entsteht aus der Verbindung von Eigennutz und Fürsorge, oder, wenn man es christlich sagen will, von Selbstliebe und Nächstenliebe. Mit Mildtätigkeit hat sie nichts zu tun. Solidarität bildet sich, weil ich und wenn ich erkenne, daß ich andere Menschen so brauche wie sie mich, daß ich meinen Vorteil nur mit ihnen zusammen erreichen kann. Als Beispiel auf den Klimaschutz angewendet: Soll er gelingen, müssen die Bewohner und die Wirtschaft der Industrieländer ihren CO₂-relevanten Energieverbrauch einschneidend drosseln einschließlich der damit verbundenen Umstellungen und Einbußen, und zwar zugunsten derer, die mehr Energie brauchen, um sich aus der Armut zu befreien. Um ihre eigene Zukunft zu sichern, müssen die Bewohner der wohlhabenden Länder solidarisch werden mit denen, die auf der anderen Seite der Erdkugel leben, die sie nicht kennen und nicht kennen werden, mit denen sie aber diese Erde bewohnen.

Frauen und Männer

Das instrumentelle Verhältnis zur Natur, das in Forschung und Technik der Neuzeit leitend geworden ist, hat viel mit der Schieflage im Geschlechterverhältnis zu tun. Das ist ein Kernpunkt feministischer Kritik an der Naturbemächtigung der Neuzeit. (Carolyn Merchant) Dem patriarchalen Aufbau der Gesellschaft und der in ihr geltenden Machtverteilung entspricht ein Umgang mit der Natur, der sie dem Menschen verfügbar macht und der durch Ausnützung und Ausbeutung für die Naturkrise verantwortlich ist. Nachhaltigkeit ist darum weit mehr als die Schonung der Ressourcen und die Reparatur von Naturschädigungen. Der Schutz der Natur wird erst möglich, überhaupt erst richtig verstanden, wenn die sogenannte Umweltkrise als Gesellschaftskrise erkannt wird, wenn die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen z. B. mit der Krise der Arbeit und mit der Diskriminierung der Frauen in der Erwerbsarbeit zusammen gesehen wird. Solange das Geschlechterverhältnis so normiert wird, daß den Männern Öffentlichkeit,

Macht, Verstand, Erwerbsarbeit assoziiert wird, während den Frauen Attribute wie Natur, Gefühl, Familie, Hausarbeit zugeordnet werden, wird die Ökologie nur quantifizierend, instrumentell und technikorientiert angelegt bleiben und damit das Ziel eines ganzheitlichen Verständnisses von Leben verfehlen.

Eine nachhaltige Entwicklung verdient ihren Namen, wenn die Gesellschaft sich auf einen einschneidenden sozialen und kulturellen Wandel einläßt und dabei die Gender-Konstruiertheit der Macht- und Arbeitsverteilung überwindet. Erst dann können sich zukunftsfähige Lebensformen entwickeln, die nicht vor allem den Frauen Verantwortung und Last für nachhaltigen Konsum und Lebensführung auferlegen, vielmehr die Versorgungsarbeit wertschätzen und teilen. Erst dann werden die Sichtweisen von Frauen stärker mitbestimmen, welche Wirtschaftsweisen, welche Arbeits- und Lebensformen, welche Technologien die Nachhaltigkeit tatsächlich fördern.

Elementarer noch ist die Diskriminierung der Frauen in vielen Ländern des Südens. Dort sind sie oft genug minderen Ranges und Rechtes von Geburt an; sie werden genital verstümmelt, ohne ihr Einverständnis verheiratet, sie können keine Rechtsgeschäfte tätigen, kein Eigentum besitzen. Für ihre Befreiung einzutreten ist auch die Aufgabe einer ökologischer Ethik, dies umso mehr, als die Verlangsamung des Bevölkerungswachstums in hohem Maße von dem abhängt, was die Weltbevölkerungskonferenz von Kairo 1994 „Empowerment of Women“ genannt hat, wozu gehört, daß Frauen Recht und Macht erhalten, Schwangerschaftsbeginn, Anzahl und zeitliche Abfolge ihrer Kinder selbst zu bestimmen.

Genügsamkeit

Die Erfordernisse einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung werden gern unter die beiden Leitworte Effizienz und Suffizienz gestellt. Während Effizienz (Wirksamkeit, Sparsamkeit) sich allgemeiner Zustimmung erfreut, erscheint Suffizienz (Genügsamkeit) eher als Störenfried einer freundlichen Zukunftssicht. Effizienz steht für Spartechnologien, Ressourcen-Management und intelligente Nutzungssysteme. Sie sind erwünscht und verbinden sich mit dem Bild vorwärts gerichteter, naturschonender Lebensgestaltung. Sie sind in der Tat unentbehrlich, wenn eine wachsende Menschheit ihre Grundbedürfnisse befriedigen können soll.

Nur wird Effizienzsteigerung allein die ökologische Balance einer Acht- oder Zehn-Milliarden-Menschheit nicht herstellen können, erst recht nicht, wenn deren Lebensstandard auf die gegenwärtige Ebene der Industrieländer gehoben werden soll. Nachhaltigkeit ist nur erreichbar, wenn nicht nur die Ressourcen schonend genutzt werden sondern auch die Ansprüche an den Naturverbrauch drastisch sinken. Da die zurückgebliebene Mehrheit ihren Anspruch auf Nutzung der Ressourcen vergrößern muß, um die Armut zu überwinden, müssen die wohlhabenden Gesellschaften einen Teil ihrer gegenwärtigen Ansprüche aufgeben. Sie werden

also neben der Effizienz auch Suffizienz entwickeln müssen. Konkret bedeutet das z.B. weniger kurzlebige Güter, weniger Autofahren, weniger Fliegen, weniger Fleischverbrauch. Das ist eine ungeliebte Einsicht. Diese Konsequenz wird darum auch von Protagonisten des ökologischen Wandels gern umgangen oder aber verschämt umschrieben, vor allem, wenn sie sich dem Wort Verzicht nähert. Verzicht – das wird weithin mit Einbußen an Wohlstand, mit geringeren Möglichkeiten, mit Langeweile, mit der Nähe zu Entbehrungen verbunden.

Ökologische Ethik hat hier eine aufklärende und eine ermutigende Funktion. Sie tut gut daran, das erforderliche Umdenken, auch die Notwendigkeit einer deutlich bescheideneren Naturnutzung nicht zu verschweigen oder zu verharmlosen, weil die Angesprochenen sehr wohl spüren, daß mit nachhaltiger Entwicklung mehr auf sie zukommt als oberflächliche Korrekturen des gewohnten Lebensstiles. Sie wird zeigen, daß inzwischen der hohe materielle Wohlstand seine Vorzüge mit beträchtlichen Nachteilen erkaufte, daß immer mehr Widersprüche entstehen, etwa zwischen den Mobilitätswünschen und der Angst vor Klimaschäden oder dem Leiden unter Verkehrslärm, daß gesunde Luft, Nahrung und Nachtruhe nicht durch persönliches Kaufen und Verbrauchen zu ersetzen sind. Sie wird zeigen, daß viel Haben und gut Leben nicht identisch sind, dass Genügsamkeit und Genuß miteinander verwandt sind. (Müller/Hennicke; BUND/Misereor)

Eine ökologische Ethik wird auch zeigen, daß viele der wichtigen Lebenswünsche immaterieller Natur sind, etwa die Wünsche nach Zuneigung, Geborgenheit, Wertschätzung, Selbstachtung, selbstbestimmtem Tun. Sie sind entweder mit Geld gar nicht zu erfüllen, oder es reichen doch bescheidene Mittel dafür aus. Werden sie, wie es heute vielfach geschieht, materiell, vor allem durch Kaufen befriedigt, hat die Erfüllung Ersatzcharakter, der nach baldiger Erneuerung und Überbietung verlangt und trotzdem die Selbsttäuschung nicht los wird.

Suffizienz, Genügsamkeit erschöpfen sich also keineswegs im Verzicht. Sie gewinnen einen zweiten Sinn als Vermeiden des Zuviel. Suffizienz ist, positiv gewendet, das, was mir gut tut, also Selbstbegrenzung, Selbstregulierung und damit Funktionstüchtigkeit. Oder mit den Worten, die über dem Eingang zum antiken Apollo-Tempel von Delphi standen: Von nichts zuviel. Dieser Sinn von Genügsamkeit ist gut an den Körperfunktionen ablesbar: Wohlbefinden hängt am Wechsel von Hunger und Sättigung, von Spannungsaufbau und -abbau, beides jeweils ohne Übermaß.

In Sozialen ist Suffizienz dann das Streben nach dem Wohlstandsoptimum. Dazu gehört, daß die materiellen und die immateriellen Güter (denen der Erwerb materieller Güter ja vor allem dient) in einen lebensfördernden Zusammenhang gebracht werden, so daß Güterwohlstand, Zeitwohlstand und der Wohlstand an sinnvollen Tätigkeiten und an tragenden Beziehungen in ein ausgeglichenes Verhältnis zueinander kommen.

Die Anwendung dieser zweiten Bedeutung der Suffizienz auf den Wirtschaftsprozess und die Unternehmensziele im Sinne ihrer Funktionstüchtigkeit ist eines der kommenden Forschungsthemen und enthält wichtige Komponenten einer ökologischen Ethik. (Gerhard Scherhorn)

Diese gewandelte Anschauung von Wohlstand hat es, wie im nächsten Abschnitt zu zeigen ist, nicht leicht, gegen das herrschende Wohlstandsverständnis und die grellen Angebote und Versprechungen der Konsumkultur anzukommen. Neue Wohlstandsmodelle sind in vielem noch Terra Incognita und stehen den Angehörigen des Mittelstandes näher als den weniger verdienenden und stärker außengeleiteten sozialen Schichten. Viel ist also gewonnen, wenn sich die Erfahrungsbasis vertiefen und verbreitern läßt, und wenn eine ökologische Ethik in die Aneignung alternativen Wohlstandes in der breiten Bevölkerung Mühe und Phantasie investiert.

7 Warum geschieht nicht, was geschehen muß?

Zunächst: Diese Überschrift macht sich einer Auslassung schuldig. Es ist nicht richtig, daß nichts geschieht. Vom persönlichen Verhalten vieler Bürgerinnen und Bürger über die hartnäckige Arbeit der lokalen Initiativen, der entwicklungspolitischen Gruppen und der Umweltverbände bis hin zu Parlament und Regierung mit ihren drei strategisch wichtigen Gesetzen zur Öko-Steuer, zur Einspeisungsvergütung für regenerativ erzeugten Strom und zur Entfernungspauschale für Fahrten zur Arbeitsstätte und mit den im Klimabericht angekündigten Maßnahmen, ist eine stetige Bewegung zu mehr Nachhaltigkeit entstanden. Gleiches gilt für die ernsthaften Selbstverpflichtungen von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden.

Dennoch bleibt bestehen: Gemessen an den verfügbaren Fakten und Einsichten geschieht zu wenig, und zwar so wenig, daß ohne eine erhebliche Steigerung der nationalen und internationalen Bemühungen eine nachhaltige Entwicklung nicht näher rückt.

Warum Einsicht und Handeln auseinanderfallen

Der seit langem bekannte Befund, von den jüngsten Umfragen wieder bestätigt, zeigt in der Bevölkerung ein ausgeprägtes Gefahrenbewußtsein für die Natur und die internationale Entwicklung und, daraus folgend, die Anerkennung der Notwendigkeit einer deutlichen Kurskorrektur. (Kuckartz 2000) Er zeigt aber seit vielen Jahren mit der gleichen Beharrlichkeit, daß bei der großen Bevölkerungsmehrheit (und ebenso verbreitet in Politik und Wirtschaft) zwischen Wissen, Einsicht, Deklamation auf der einen Seite und Verhalten auf der anderen kein tragender Zusammenhang entsteht. Der Abstand zwischen Bewußtsein und Handeln bleibt groß, und wo ökologisches Handeln praktiziert wird, geschieht es selektiv und meist auf Feldern, die wenig Aufwand und Anstrengung erfordern. (Penibles Müllsortieren verbindet sich etwa mit unbedachtem Autofahren auch bei kurzen Wegen.) Ökologische Ambivalenz ist ein durchgehendes Kennzeichen aller reichen Gesellschaften. Dabei ist freilich zu beachten, daß auch in reichen Ländern die Lebenssituationen und damit der Ressourcenverbrauch sehr unterschiedlich sind, daß darum verallgemeinernde Schuldzuweisungen die Situation der Angesprochenen verfehlen. (Reusswig)

Es sind komplexe, in sich unterschiedliche Motive, die zu dieser Gespaltenheit führen. Einige sind schon im vorausgehenden Kapitel genannt worden, etwa die eigenen Verlustängste, die räumliche und zeitliche Ferne der Gefahren, die

Abstraktheit derer, mit denen ich mich in der einen Menschheit verbunden fühlen soll, die Dominanz kurzfristiger Interessen, die Gegenwartsorientierung. Darüber hinaus gilt insgesamt: Der in den reichen Ländern erzielte materielle Lebensstandard wird einstweilen nicht wirklich in Frage gestellt. Wohlstand wird von der großen Mehrzahl der hier Lebenden vor allem als Güterwohlstand verstanden. Einbußen an materiellen Gütern werden darum als Lebensminderung gefürchtet. Zur Verlustangst kommt die Angst vor Unsicherheit. Viele Menschen erleben den Beginn des neuen Jahrhunderts als eine Zeit beängstigender Unsicherheit. Öko-soziale Erneuerung der Gesellschaft, nachhaltige Entwicklung – das ist noch einmal ein Risikoschub. Davon doch lieber so wenig wie möglich.

Für die Beharrungswünsche, für die Untätigkeit bieten sich bereitwillig Legitimationen an: Die Alltagserfahrung widerspricht einstweilen dem Gefahrenwissen. Die heraufziehende Klima-Katastrophe etwa nähert sich uns im Fernsehen und in der Zeitung, nicht in der sinnlichen Erfahrung. Stürme und Hochwasser gelten noch nicht als Alarmzeichen, eher als ferne Warnungen. Insgesamt ist das Verhängnis noch weit genug entfernt – geographisch und zeitlich. Im übrigen: Auch an Bedrohungen kann man sich gewöhnen, wie es die Bewohner an den Hängen der Vulkane seit langem praktizieren. Das Katastrophenwissen gehört inzwischen zur Normalität unseres Lebens. Nicht alles Vorhergesagte trifft ein. Und wenn es eintrifft: Ganz so schlimm muß es ja nicht kommen. Und wenn selbstverschuldete Katastrophen kommen, wird der Menschheit rechtzeitig das Nötige einfallen.

Oder: Wenn alle mitmachen, würde auch ich mich beteiligen. Das ist aber nicht zu erwarten. Welchen Sinn sollte es haben, daß ich die Einschränkungen und Unbequemlichkeiten nachhaltigen Lebens auf mich nähme, wenn die andern weitermachen wie bisher und also doch nichts erreicht wird?

Oder: Der oder die einzelne können doch nichts tun. An die großen, globalen Probleme reicht persönliches Handeln nicht heran. Hier meldet sich ein tiefsitzender Zweifel an der Gestaltungsmacht der einzelnen Bürgerinnen und Bürger. Was ich bewirken kann, erreicht die Zentren der Macht nicht. Der alte Satz: Die da oben machen doch, was sie wollen, erhält im Zeitalter der Globalisierung neue Nahrung. Die wirtschaftliche Macht multinationaler Konzerne, die Schwäche der Nationalstaaten, die aus dem Ruder gelaufenen Finanzmärkte, die schiere Größenordnung so vieler Vorgänge und die dramatische Beschleunigung der technologischen Entwicklung – das alles kann Menschen schon auf den Gedanken bringen: Das hängt zu hoch. Da reiche ich nicht heran.

Hinzu kommt: Der Zusammenhang zwischen dem eigenen Handeln und den globalen Veränderungen ist schwer zu erkennen – sowohl was die Naturschädigung als auch was den erwünschten Schutz angeht. Die Verbindung etwa zwischen dem eigenen Energieverbrauch und der Klimaerwärmung bleibt abstrakt, der persönliche Beitrag zu Schädigung oder Schutz erscheint zu gering, als daß er

gegen die eben genannten Widerstände ankommen könnte. Wenn Carl Amery einerseits konstatiert, „die moralischen und ethischen Werte der Zeitgenossen waren noch nie so weit von den objektiven Anforderungen ihrer Epoche entfernt wie heute“ (221) und wenig später der neuen Ethik die Aufgabe stellt, „große Massen mit ihrer planetarischen Geschichtsmächtigkeit vertraut zu machen“ (235) so befestigt er *mit beidem* die Ohnmachtsgefühle derer, die er doch zum Handeln befähigen möchte.

Fundamentale Zweifel

Was bis jetzt genannt worden ist, läßt sich als ein schwerer aber behebbarer Mangel im Umgang der Menschen mit einander und mit der Natur ansehen, als Lernschwäche gewissermaßen. Es gibt aber einen viel weitergehenden Zweifel an der Möglichkeit nachhaltiger Entwicklung. Es ist ein doppelter, wenngleich höchst unterschiedlich ansetzender Argwohn: Er richtet sich einmal auf das herrschende Wirtschaftssystem, zum zweiten auf die anthropologische Konstitution des Menschen.

Was das Wirtschaftssystem betrifft, so äußert sich hier eine radikale Kapitalismus-Kritik. Sie fragt: Sind in einer globalisierten Ökonomie sozial- und umweltverträgliche Produktions- und Konsumweisen unter marktwirtschaftlich-kapitalistischen Rahmenbedingungen überhaupt möglich? Und sie verneint diese Frage mit den folgenden Argumenten: In diesem System mit Profit und Zins gibt es überzeugende Argumente für Wachstum und für schnelle Produktzyklen, die höchst material- und energieaufwendig und darum für die Umwelt Gift und Galle sind. Effizienzrevolution hilft dagegen wenig. Sie hat uns bisher gerade kein nachhaltiges Wirtschaften beschert, sie steigert vielmehr die Nachfrage. Dematerialisierung wiederum ist zwar möglich und wichtig, kann auch die hohen Verbräuche mindern, aber nicht ausreichend verringern. Ökologischer Wertewandel? Eine Minderheit kann sich das vornehmen, als Option der Mehrheit dagegen würde er eine kapitalistische Weltwirtschaft in ihren Grundfesten erschüttern und darum alle Gegenkräfte gegen sich aufbringen. Und was die Konkurrenz angeht: Die für Nachhaltigkeit zu gewinnenden Akteure haben den Handlungsraum nicht, der ihnen zugewiesen und zugetraut wird. Als Produzenten, Konsumenten, Arbeitnehmer, Händler, Politiker sind sie Teil eines globalen Wirtschaftssystems, das seine eigene Logik hat und seinen eigenen Gesetzen folgt. Deren Grundlage sind Konkurrenz und Verdrängung. Dieser globale Markt ist einstweilen ein Antriebssystem ohne Bremse. Die einzelnen handeln rational, wenn sie ihren Vorteil auf Kosten der Natur und der Mitbewerber vergrößern. Sie haben sogar als einzelne Angestellte und Manager kaum die Möglichkeit, sich anders zu verhalten, weil sie dann fürchten müssen, entlassen bzw. aus dem Markt geworfen zu werden. Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit lassen sich nur vereinen, wenn *alle* Konkurrenten sich ökologisch und sozial begrenzen lassen. Dafür sind noch kaum Ansätze erkennbar. (Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf)

Dem läßt sich entgegenhalten: Auch in seiner globalisierten Spätform ist der Kapitalismus das geschlossene System nicht, als das er dieser Theorie erscheint. Gefahren, Tendenzen, auch schwerwiegende, gegenwärtig bestimmende, sind keine Unausweichlichkeiten. Die inneren Widersprüche des global operierenden Kapitalismus sind inzwischen auch seinen Anhängern erkennbar. Daß die Ausbeutung der Natur mittel- und erst recht langfristig den Gewinn gefährdet, daß globale Ungerechtigkeit globale Friedlosigkeit schafft, daß die wachsende soziale Ungleichheit auch in den Industrieländern die Stabilität der Gesellschaft gefährdet, das alles können sich die nachdenklichen Ökonomen und Wirtschaftspolitiker je länger desto weniger verbergen. Der Markt lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht schafft, auch nicht schaffen kann. Niemand kann ausschließen, daß sich dieses Wirtschaftssystem als lernfähig erweist. Es gibt keinen Grund auszuschließen, daß sich die *betriebswirtschaftliche* Rationalität, die heute den Weltmarkt beherrscht, unter dem Eindruck existentieller Erfahrungen nicht doch in eine höhere Rationalität überführen läßt, die den Schutz der Natur und die Wohlfahrt der Menschen einschließt. Auch Gewinninteresse läßt zu, daß langfristiger Nutzen und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in die Kalkulation einbezogen werden. Dafür gibt es inzwischen zahlreiche Beispiele, noch nicht genug, um schon eine Trendwende anzuzeigen, aber doch so viele, daß sich einige Aussicht auf ökonomische Einsichten mit ihnen verbindet.

Der zweite fundamentale Zweifel beruft sich auf eine anthropologische Konstante und lautet: Menschen können sich gar nicht verändern, jedenfalls nicht in der knappen, unserer Zivilisation noch zur Verfügung stehenden Zeitspanne. Ihr in der Evolution herausgebildetes Verhalten ist konstitutionell auf kurzfristigen Nutzen, langsames Veränderungstempo, überschaubare Räume und kleine soziale Gruppen ausgerichtet. Davon mögen sich einzelne befreien können – die große Mehrzahl nicht. Sie ist ihrer evolutiven Mitgift nach gar nicht in der Lage, die Folgen ihres Handelns für das gegenwärtige und zukünftige Ganze einzusehen. Es hat keinen Sinn, so heißt es weiter, die Menschen dafür zu schelten oder an ihren Veränderungswillen zu appellieren. Es hat ebenso wenig Sinn darauf zu hoffen, daß Menschen unter dem Eindruck der von ihnen heraufbeschworenen Gefährdung der Erde moralisch besser werden. Menschen verhalten sich heute so, wie sie sich immer verhalten haben, und so werden sie sich auch in Zukunft verhalten.

Wer das Überleben der Menschheit sichern möchte, so lautet die nächste Folgerung, wird darum global gültige Rahmenbedingungen des Lebens und Wirtschaftens festlegen und für ihre Durchsetzung sorgen müssen – Vorstellungen, die, so wird dann gesagt, in der Konsequenz auf eine globale Öko-Diktatur hinauslaufen. Nur: Die Erhaltung der Spezies Mensch ist ja nicht um jeden Preis erstrebenswert!

Unter denen, die sich für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen, wird es kaum jemand geben, dem nicht immer wieder einmal, im Gefolge von Enttäuschungen und Niederlagen, Zweifel an der Veränderbarkeit der Menschen und damit am

Gelingen des Unternehmens Zukunftsfähigkeit durch den Sinn ziehen. Bessere Erkenntnisse, tatsächlich gemachte und mögliche, kommen dann gegen diese Eintrübung nicht an. Was sie speist, ist gedeutetes Erfahrungswissen, gedeutet aus einer Kette von Wahrnehmungen, denen generelle Gültigkeit zugesprochen wird.

Solche Zweifel sind nicht endgültig zu besiegen, zumal sie immer wieder Nahrung erhalten. Aber es gibt keinen Vernunftgrund, die Unveränderbarkeit des Menschen in den Rang einer Gewißheit zu erheben. Die Evolutionsbiologie, auf deren Erkenntnisse sich diese Deutung ja gerne stützt, erklärt ausdrücklich, daß Menschen nicht an ihr biologisches Erbe gefesselt sind. (Wolfgang Wickler/Uta Seibt; Wolfgang Wieser) Sie entwickeln ihren Eigennutz sowohl biologisch als auch kulturell. Damit verfügen sie über die Fähigkeit, Zusammenhänge zu erkennen und Voraussicht zu üben. Sie bedienen sich der Sprache, des Lernens, des Gedächtnisses. Menschen können, wenn sie wollen, Nachteile und Vorteile ihres Handelns abwägen, sie können auch vorausdenken. Es ist richtig, daß die Menschheit ihrer biologischen Herkunft nach nicht eingerichtet ist auf Überlebensfragen, wie sie sich unserer Generation stellen. Aber diese Herkunft hindert uns Gegenwärtige nicht, unseren Nutzen überlebensfähig zu bestimmen und damit der Verantwortungsethik einen starken Bundesgenossen an die Seite zu stellen.

Insgesamt gilt: Niemand kann die Zukunft vorwegnehmen, weder als Paradies noch als Apokalypse. Was sich durchsetzen wird, wissen wir heute schlechthin nicht, auch nicht, wieviel Zeit zur Veränderung bleibt. Damit läßt sich auch dem Eindruck begegnen, Zeichen ökologischen Wandels gebe es vor allem in lokalen, regionalen und nationalen Zusammenhängen, während die globalen Indikatoren deutlich in Richtung Selbstzerstörung wiesen. Dafür mag es eine Reihe von Indizien geben. Aber sie weisen auf einen Defekt hin, auf einen noch bestehenden Mangel an Einsicht und Handlungsbereitschaft. Sie zeigen keineswegs schon eine unumkehrbare Richtung an. Das gerade vergangene Jahrhundert hat rasche Veränderungen erlebt. Antikommunismus, eine der am tiefsten verwurzelten Einstellungen in den westlichen Ländern, ist innerhalb weniger Jahre dem Wunsch nach Verständigung mit den östlichen Nachbarn gewichen. Ähnliches gilt grosso modo für die Sicherheitsphilosophie der Abschreckung durch Bedrohung des Gegners, die deutlich dem Wunsch nach internationaler Verständigung weicht, es gilt auch für das ökologische Bewußtsein. Sicher, keine dieser Einstellungen hat sich bis heute ohne Widerspruch durchgesetzt, wohl aber haben sie große Teile der Bevölkerung erreicht und wichtige politische Veränderungen bewirkt. Daraus läßt sich eine moderate Zuversicht gewinnen: Sich nach dem Maß der Einsicht und des Vermögens für eine weltweite nachhaltige Entwicklung einzusetzen, hat keine Gewähr wohl aber eine Aussicht auf Fortschritte, die diesen Namen verdienen.

8 Wie kann geschehen, was geschehen muß?

Bündnisse schließen

Mit der Titelfrage habe ich das Thema eines Fachgesprächs in der Evangelischen Akademie Mülheim 1992 aufgenommen: Wie kann geschehen, was geschehen muß? Ich will die folgenden Antwortversuche in Stichworten voranstellen. Aussicht auf einen wirksamen Beitrag ökologischer Ethik zur Nachhaltigkeit besteht dann, wenn die moralische Verpflichtung, das aufgeklärte Eigeninteresse einschließlich der Solidarität, die Rahmensetzungen des Staates (Anreize und Ordnungsrecht), die überprüften Selbstverpflichtungen der Wirtschaftsakteure und die Stärkung der intrinsischen Motive für ökologisches Handeln zusammenrücken und durch Synergie zu möglichst großer Wirkung gebracht werden. Es ist eine genuine Aufgabe ökologischer Ethik, solche Bündnisse anzustreben, die verschiedenen Interessen in einem ergebnisorientierten Streit zusammenzuführen und dabei selbst als Katalysator zu wirken. Die kontroverse Diskussion der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ ist ein lehrreiches Beispiel für die Schwierigkeiten wie für die Chancen eines solchen Prozesses. (Linz 1998)

Es ist also wichtig, die ökologische Ethik von der bloßen Moral-Bezogenheit, dem vorrangigen Verantwortungs- und Pflichten-Denken zu lösen. Damit kein Mißverständnis entsteht: Sie sind unentbehrlich; aber isoliert vermögen sie wenig. Sätze wie „Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geliehen“, so treffend sie sind, hinterlassen – mit wenigen Ausnahmen – nur einen flüchtigen Eindruck. Da ökologische Ethik erst wirksam wird, wenn sich viele Menschen von ihr leiten lassen, müssen Moral und Verantwortung in eine Allianz mit den anderen wichtigen Lebensantrieben gebracht werden. Wer zuerst einen grundlegenden Wertewandel fordert, eine Rundum-Erneuerung der Lebenseinstellungen, und davon die nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft abhängig macht, verkennet die Prozesse des persönlichen und sozialen Lernens. Maximalforderungen kann kaum jemand mit den Drücken, Zwängen, Wünschen, Ambivalenzen seines konkreten Lebens vermitteln. Die allermeisten Menschen lernen schrittweise, beginnen den Wandel mit partiellen Erkenntnissen, sind dabei von gemischten Motiven geleitet und kommen erst nach und nach zu weiter tragenden Einsichten.

Wie Einstellungsveränderungen geschehen

Das kann man sich gut an einem Modell klarmachen, das der Soziologe Ferdinand Tönnies schon in den zwanziger Jahren entworfen hat und das ich, um des Argumentes willen, von den Phänomenen trenne, an denen er es veranschaulicht.

Meinungen, so sagt Tönnies, treffen wir in drei unterschiedlichen Aggregatzuständen an. Aggregatzustand ist als das Maß verstanden, worin ein Mensch in seiner Ansicht mit sich einig ist. Es gibt feste, flüssige und gasförmige Meinungen. Zu den ersteren zählen die „felsenfesten“ Überzeugungen, alles das, wovon ein Mensch erfüllt und durchdrungen ist, z.B. sein Glaube, aber auch die glaubensähnlichen kulturellen und sozialen Urteile und Vorurteile. Zur flüssigen Meinung gehören die „Gewohnheit des Beharrens, die Bequemlichkeit des Vertrauens auf das Vorgesagte und Vorgeschiedene“, aber ebenso das Denken und Philosophieren, das „mit dem Zweifel beginnt und oft auch endet“. Die dunst- oder gasförmige Meinung ist das, was nur einen geringen Grad an Gewißheit hat und darum zur Disposition steht. Veränderungen der Aggregatzustände ergeben sich, wenn Erschütterungen eintreten, widersprechende Erfahrungen gemacht werden und die Meinungen, gewissermaßen durch Erwärmung, in Bewegung geraten. Dabei wird sich eine Meinung in aller Regel nur von einer Stufe zur nächsten verändern. Die feste kann zur flüssigen werden, die flüssige zur gasförmigen, und erst die kann vergehen oder sich neu formieren.

Das Modell erklärt die Einstellungsveränderung (als Voraussetzung veränderten Handelns) als einen Prozess, bei dem Anstöße von außen und eigenes Verarbeiten zusammenwirken. Dieser Vorgang braucht Zeit und wird durch forcierte Beeinflussungsversuche nur gestört. Niemand wird einem Menschen ausreden können, was dieser für seine Überzeugung hält. Fühlt er sich bedrängt, wird er sie eher noch verstärken. Wohl aber kann man feste Meinungen lockern durch Hinweis auf Widersprüche, unerwünschte Folgen, andersartige Erfahrungen, auch durch Gegenargumente, und sie damit in jenen Zustand bringen, in dem sie dem Zweifel Zutritt gestatten. Und erst, wenn sie dadurch relativiert, in ihrer Tragfähigkeit unsicher und damit entbehrlich werden, können sie einer als richtiger empfundenen Meinung weichen.

Darum ist es ratsam, reformerischen Überdruck abzubauen. Es hat keinen Sinn, die Latte so hoch zu legen, daß kaum jemand springt. Gerade ethischer Erneuerungswille ist vor Überforderung schlecht geschützt, vor Selbstüberforderung nicht und auch nicht vor Überforderung der gesuchten Mitstreiter, ohne die ja nichts geht. Ähnlich ist es mit der Frage, ob noch genug Zeit bleibt. Meist wird sie als Warnung vorgetragen und soll dann als Reformbeschleuniger wirken. Aber ob noch genug Zeit bleibt oder nicht: Aus den im vorherigen Abschnitt genannten Gründen wirkt die Aufforderung zur Eile eher verlangsamer. Viel wichtiger sind Energie und Ausdauer.

Folgerungen

Entschlossen auf den Veränderungsgewinn setzen. Die Katastrophenszenarios haben abgewirtschaftet, wobei es unerheblich ist, ob sie irgendwann recht behalten werden oder nicht. Die allermeisten Menschen haben sich gegen apokalyptische Drohungen immunisiert. Entweder glauben sie den Unheilpropheten nicht, oder sie glauben ihnen doch, ohne daß das Konsequenzen hat. Nein, etwas anderes ist zu zeigen: Es wird uns gut bekommen, wenn wir die Natur bewahren und uns um mehr Gerechtigkeit bemühen. Der wichtigste Anreiz ist der Gewinn an dem, was Erhard Eppler schon früh Lebensqualität genannt hat. Für ein großes Segment der Bevölkerung ist sie durch mehr Güter, Konsum und Mobilität nicht weiter zu steigern, während die negativen Folgen erhöhten Naturverbrauchs und wachsender sozialer Spannungen an ihr zehren. Diese Schere, lange Zeit kaum mehr als geahnt, wird inzwischen zu einer verbreiteten Erfahrung. Sie läßt sich an elementaren Bedürfnissen wie Nahrung, Schlaf und Atemluft festmachen, mit konkreten Lebenssituationen verbinden und so zur handlungsfördernden Einsicht bringen. Das lateinische Sprichwort zeigt den Weg: Verba docent, exempla trahunt: Worte belehren, Beispiele reißen mit. Beispiele gelungener Praxis können zeigen, wie das Ungewohnte, zunächst von scheinbaren Außenseitern Begonnene, als mögliches Mehrheitsverhalten plausibel wird.

Gewohnheiten ausbilden. Der Einsatz für eine nachhaltige Entwicklung lebt bis jetzt in einem hohen Maß vom Verantwortungsethos und von postmateriellen Grundeinstellungen, die ja ihrerseits wieder viel mit ethischen Prägungen zu tun haben. Das ist gut so; aber es ist nicht genug. Der Aufschwung am hohen Reck moralischer Verantwortung gelingt nur wenigen. Die Heiligen der katholischen Kirche werden ja auch von vielen verehrt und von wenigen nachgeahmt. Darum sind Gewohnheiten wichtig. Es sei noch einmal an die Grundbedeutung des griechischen Wortes Ethos erinnert: Gewohnheit, Sitte. Gewohnheiten, Sitten sind Verhaltensweisen, die sich einschleifen, nicht ständig neu begründet, nicht immer wieder legitimiert werden müssen. Vielmehr: So ist das bei uns. So macht man das jetzt. Solche Verhaltensweisen werden zunächst bewußt eingerichtet und dann durch Nachmachen befestigt. Gesucht werden dabei vermehrbare Modelle. Auf diese Vermehrbarkeit kommt es an. Die Tauschringe gehören dazu; aber auch Öko-Kaufhäuser, fair gehandelter Kaffee in Supermärkten, GEPA-Waren im Otto-Katalog, veränderte Mobilität, neue Weisen, Freizeit zu füllen, Feste zu feiern und Urlaub zu verbringen. Was Menschen in ihren Lebenszusammenhängen vor Augen kommt, hilft Gewohnheiten auszubilden.

Handlungsförderndes Wissen bereitstellen. Die Situation ist paradox: Es gibt zuviel und zu wenig Wissen. Es gibt in der Bevölkerung eine Fülle von unspezifischem, vagabundierendem Wissen über ökologische und soziale Gefahren, es gibt Warnungen zuhauf, es gibt ganze Kataloge von dem, was anders werden muß. Aber es ist eine Art Eunuchenwissen, Kenntnisse ohne Konsequenz. Das

verbreitete Gefühl: Ich kann ja nichts ändern, ist nur zu überwinden, wenn lebensrelevante Informationen über das, was verändert werden muß, mit Handlungsanleitungen verbunden werden, die im Alltag der Angesprochenen ansetzen und ihnen zeigen, daß sie etwas tun können, worauf es ankommt. Dabei wird zu beachten sein, daß sich in dieser Gesellschaft inzwischen nicht nur die sozialen sondern auch die ökologischen Lebensstile auseinander entwickeln, daß Strategien sich darum auf die sozialen Milieus, auch auf die unterschiedliche Situation von Männern und Frauen beziehen müssen. (Reusswig)

Eine Ergänzung zum Prinzip des Eigennutzes. Gerhard Scherhorn (1997) hat gezeigt, daß Menschen bereit sind, sich an wichtigen Gemeinschaftsaufgaben ohne persönliche Gewinnerwartung zu beteiligen. Ihr Anreiz ist, daß mit dem gemeinsamen Handeln Gemeinschaftsgüter hergestellt werden, die allen zugutekommen. Auch der Schutz von Luft, Wasser, Boden, Tieren und Pflanzen, Rohstoffen gehört zu solchen Gemeinschaftsgütern. Er läßt nicht durch das Verhalten einzelner erreichen sondern nur durch das gemeinsame Bemühen möglichst vieler. Die Autorengruppe um Scherhorn hat auch die Voraussetzungen benannt, von denen die Teilnahme-Bereitschaft abhängt: Das Handeln muß konkret sein, sich auf einen begrenzten und einsehbaren Sachverhalt richten; es muß der Aufgabe angemessen, also aussichtsreich sein; es muß „gerecht“ dabei zugehen, d.h. alle oder doch die große Mehrheit (gegebenenfalls auch die öffentliche Hand!) müssen sich beteiligen; die Belastungen müssen der Fähigkeit und dem Vermögen entsprechend verteilt werden.

Ist das gegeben, lassen sich auch die Ohnmachtsgefühle überwinden. Daß ihr eigener Beitrag klein ist, stört Menschen dann nicht, wenn sie den Zusammenhang ihres Handelns mit dem großen Ziel erkennen können, und wenn sie genug andere an ihm beteiligt sehen. Das führt zum nächsten Punkt.

Stärkung der intrinsischen Beweggründe

Intrinsisch (von innen) wird Handeln genannt, das aus eigenem Antrieb, aus Interesse an der Sache, aus einer inneren Verpflichtung erfolgt, das seinen Gewinn, seine Belohnung in sich trägt. Dazu gehört: etwas gut können und dafür anerkannt werden; erfahren, daß es auf mich ankommt; in meinen Möglichkeiten herausgefordert werden; die Freude, helfen zu können; an einer lohnenden Aufgabe beteiligt zu sein; die Befriedigung, Kompetenz zu erwerben; die Lust zu lernen und das Gelernte weiterzugeben, also Lernender und Lehrender im Wechsel zu sein usw. Für eine nachhaltige Entwicklung wie für einen zukunftsfähigen Wohlstand sind intrinsische Beweggründe des Handelns unentbehrlich; denn Gemeinschaftsaufgaben, auch die Herstellung von Gemeinschaftsgütern, verlangen oft einen gewissen Verzicht auf privaten Vorteil. Er wird desto leichter geleistet, je stärker das Interesse an der gemeinsamen Sache, die eigene Betroffenheit, die Mitverantwortung empfunden wird.

Intrinsisches Handeln sehe ich nicht in Konkurrenz, vielmehr komplementär zum oben besprochenen Eigennutz. Wiederum liegt Entscheidendes daran, daß sie einander ergänzen und verstärken. Noch einmal anders gesagt: Menschen tun selten etwas umsonst, sie geben um zu bekommen. Aber die erwarteten Gratifikationen müssen sich nicht in Geld, Besitz, Sicherheit, Privilegien erschöpfen. Die Belohnung kann auch sein: die Überzeugung haben, das Richtige zu tun; dazugehören; standhalten; seine Grenzen erweitern; die Schizophrenie des eigenen Lebens überwinden; Menschen wohltun und von ihnen geliebt werden. (Alfie Kohn)

9 Ethik – persönlich und politisch

Ökologische Ethik wird nur als politikfähige Ethik wirksam. Der Beitrag, den die einzelnen zur Nachhaltigkeit leisten, ist gewiß unentbehrlich. Darum wird eine Ethik der Nachhaltigkeit ihnen gewiß eine Überprüfung ihres Lebensstiles, ihres Ressourcenverbrauchs, ihrer Konsumgewohnheiten nahelegen, sie also keineswegs von ihrem Anteil an der Nachhaltigkeit entpflichten; aber sie wird ihnen nicht auferlegen, was nur durch einen Wandel der gesellschaftlichen Leitbilder und durch Veränderungen im wirtschaftlichen und politischen System zu erreichen ist. „In den Augen der Umweltethiker kann das Gute nur dadurch zuwege gebracht werden, daß sich die Menschen bessern.“ (Vischer, 9) In dieser Generalisierung ist das Urteil sicher nicht berechtigt; aber es weist auf eine Tendenz hin, die sich ökologischer Ethik leicht anheftet. Zu stark wird dann alles auf den guten Willen der einzelnen abgestellt ohne zu prüfen, wer wofür verantwortlich ist, und wer was verändern kann. Demgegenüber ist festzuhalten: Politische Maßnahmen bleiben auf lange Sicht wirkungslos, wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht bereit sind, sie sich zu eigen zu machen und mitzugestalten. Insofern kommt es auf jeden einzelnen an. Ebenso richtig ist freilich, daß persönliches Verhalten allein die gesellschaftlichen Vorgaben nicht verändern kann.

Die Kluft zwischen dem ethischen Imperativ und der geringen Wirkung, wenn einzelne Personen ihn befolgen, wird erst überbrückbar, wenn persönliches, wirtschaftliches und politisches Handeln erkennbar aufeinander bezogen werden. „Angesichts der Umweltproblematik geht es nicht darum, Moralität überhaupt einzuklagen, sondern das moralisch Wünschenswerte einsichtig zu begründen und hinreichend konkret zu bestimmen.“ (Hirsch Hadorn, 11) Das erfordert öffentliches, politisches Handeln.

10 Zur ökologischen Wirtschaftsethik

In die ausgebreitete Diskussion über die spannungsvolle Beziehung zwischen Ökologie und Ökonomie und ihre ethische Dimension kann dieser Überblick nicht eintreten. (Siehe dazu die Bücher von Klaus Leisinger, Eberhard K. Seifert, Horst Steinmann und Peter Ulrich). Auch kann er nicht die Balance zwischen staatlichen Vorschriften bzw. Anreizen und wirtschaftlicher Freiheit ermitteln wollen, erst recht kann er nicht in die Auseinandersetzung um die Grenzen des Wachstums oder aber die Chancen und Bedrohungen des globalen Marktes eingreifen. Er kann aber auch ein Feld nicht auslassen, auf dem sich das Gelingen einer nachhaltigen Entwicklung vor allem entscheiden wird. Ich konzentriere mich im Folgenden auf einen Problemausschnitt, und zwar auf solche ethische Fragen einer ökologischen Ökonomie, vor die Einzelne und Gruppen gestellt werden, die selbst nicht wirtschaftliche Akteure sind, aber in ihrem Eintreten für Nachhaltigkeit mit Unternehmen oder Verbänden bzw. Organisationen der Wirtschaft zusammentreffen, etwa im Rahmen der Agenda 21, bei Selbstverpflichtungen, konzertierten Aktionen, Konsensverfahren.

Wirtschaftliches Handeln und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen werden über weite Strecken in Übereinstimmung geschehen können. Darauf deuten inzwischen viele Zeichen hin. Da sich aber immer wieder zeigt, daß es, wie das Umweltgutachten 1994 formuliert, „ein per se konfliktfreies Verhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie nicht geben kann“⁽¹²⁾, kommt alles darauf an, die entstehenden Konflikte in einen produktiven, ergebnisorientierten Streit zu überführen.

Alte und neue Prämissen

Karl Kraus wird das folgende Bonmot zugeschrieben. Er fragt einen Autor: „Woran arbeiten Sie?“ „An einer Wirtschaftsethik.“ „Da werden Sie sich aber entscheiden müssen.“ Die überkommene und in vielen wirtschaftswissenschaftlichen Beiträgen bis heute vertretene Auffassung lautet: Die Wirtschaft folgt den Gesetzen des Marktes. Er wird von Konkurrenz und Gewinnstreben regiert. Aber gerade so trägt die in ihm wirkende „unsichtbare Hand“ ihren Teil zum allgemeinen Wohl bei. Darüber hinausgehende Anforderungen sind der Wirtschaft fremd und somit Sache der Politik.

Unter dieser Prämisse hat wirtschaftliches Handeln lange Zeit ein instrumentelles Verhältnis zur Natur gepflegt. Natur war das Subsystem, das sich dem Hauptsystem der Wirtschaft unterzuordnen hatte. Natur war – und ist in vielen Fällen

noch immer – lediglich Energie- und Rohstofflieferant, Produktionsumfeld und Deponie. Sie hat dem Übergeordneten zu dienen: der Produktion und dem Handel von Gütern. Also muß sich Natur möglichst kostengünstig verwerten lassen. Das bedeutet in der Regel: Für den Verbrauch naturgegebener Ressourcen darf nur wenig oder nichts zu zahlen sein; wer sie verbraucht, muß sich nicht darum bemühen, sie zu erneuern oder zu ersetzen. Die durch die Naturbelastung entstehenden Kosten werden der Allgemeinheit zugeschoben. Das wiederum begünstigt Ressourcen-Verschwendung und verbilligt die materiellen Güter. Von einem Verständnis der Natur als der natürlichen Mitwelt, in die sich auch die Wirtschaft einzufügen und die sie zu bewahren hat, ist das herrschende Wirtschaftsdenken noch weit entfernt. (Scherhorn 1997)

Das wird nicht so bleiben. Ökonomische Rationalität erkennt mehr und mehr, daß eine nicht naturverträgliche Form des Wirtschaftens die Grundlagen zerstört, von denen die Wirtschaft lebt. Inzwischen haben viele Unternehmen auch erfahren, daß Ökologisierung keine Nachteile bringen muß, daß sie, richtig angewandt, keine zusätzlichen Kosten erzeugt, oft sogar Kosten einspart, daß sie neue Kundenkreise erschließt und alte erhält, somit in vielen Fällen sogar Vorteile vor Konkurrenten verschafft. Eine entscheidende Bedeutung kommt dabei Rahmenseetzungen zu, die gleiche Auflagen und gleiche Chancen für alle schaffen. Mit ihrer Hilfe, vor allem über preisliche Belastungen beziehungsweise Begünstigungen, kann unökologisches Wirtschaften entmutigt und ökologisches gefördert werden. Aber selbst, wenn ein einzelnes Unternehmen sich keinen unmittelbaren Gewinn versprechen kann – eine volkswirtschaftliche Betrachtungsweise wird auch dann den ökonomischen Nutzen der Nachhaltigkeit erhärten; denn ein gesamtwirtschaftlicher Schaden durch eine ruinöse Umweltpolitik geht zu Lasten jedes Unternehmens und seiner Beschäftigten.

Trotzdem ist die Einsicht, daß die Ökonomie aus Überlebensinteresse mit der Ökologie so verbunden ist, wie es siamesische Zwillinge sind, eine ethische Leistung, weil erst das langfristige Selbstinteresse erkennen läßt, daß die Schonung der Natur integraler Bestandteil eines vernünftigen Wirtschaftens ist. Diese Langzeit-Perspektive wird aber im gegenwärtigen Wirtschaftssystem mit seinen kurzfristigen und überhöhten Renditeerwartungen noch kaum gefördert, vielmehr gerade in globalen Zusammenhängen benachteiligt, zum Teil auch mit Existenzgefährdung bestraft. Diese Drucksituation muß anerkannt werden – wo sie tatsächlich besteht. Und wie vom einzelnen Bürger und Verbraucher nicht erwartet werden kann, was die Gesellschaft als ganze leisten muß, so darf nicht dem einzelnen Betrieb auferlegt werden, was Wirtschaft und Gesellschaft im ganzen zu erbringen haben.

Nachhaltiges Wirtschaften ist also ein Suchprozess unter Teilnahme aller wichtigen Partner: Unternehmer, Beschäftigte, politische Instanzen, Verbraucher, Nichtregierungsorganisationen und nicht zuletzt der einzelnen Bürgerinnen und

Bürger; und ebenso unter Beteiligung der Vertretungen dieser Gruppen: Gewerkschaften, Verbänden, Initiativen. Nachhaltigkeit läßt sich weder von oben bestimmen noch von unten erzwingen. Alle bringen ihren spezifischen Beitrag ein.

Selbstverpflichtungen

Die neuen Prämissen sind auch auf eine Einrichtung anzuwenden, die sich zunächst als ein einseitiges Versprechen zu erkennen geben möchte. Selbstverpflichtungen der Wirtschaft sind seit Mitte der siebziger Jahre zu einem wichtigen Mittel des Naturschutzes geworden. (Eine ausführliche Darstellung und Beurteilung im Umweltgutachten 1998) Sie betreffen vor allem den Ausschluß gefährlicher Stoffe von der Produktion und die Verringerung von schädlichen Emissionen (unter anderem CO₂), können sich aber auch auf Entsorgung von Geräten, auf verstärkte Nutzung der Schiene usw. beziehen. In den meisten Fällen werden die übernommenen Verpflichtungen den entsprechenden Ministerien angezeigt und mit einer Berichtspflicht versehen.

Das Interesse der Wirtschaft ist, durch Selbstverpflichtungen staatliche Verbote und Abgaben zu vermeiden, und es stattdessen den Unternehmen zu ermöglichen, in Eigenverantwortung das vorgegebene Ziel mit für sie günstigen Maßnahmen zu erreichen. Ihre Kritiker wenden ein, daß der Staat damit auf Recht und Pflicht verzichte, für alle geltende Rahmenbedingungen zu setzen, daß Selbstverpflichtungen Kompromisse seien, die den Wettbewerb einschränkten und zu Lasten nicht beteiligter Dritter gingen, und daß die faktische Wirkung der Maßnahmen nicht selten zweifelhaft und dazu schwer überprüfbar sei.

Selbstverpflichtungen gehören zu einem Gesellschaftsverständnis, das eine Reihe von Politikfeldern, die der Staat bisher hoheitlich geregelt hat, in einen kooperativen Prozeß zwischen den staatlichen Instanzen und gesellschaftlichen Kräften überführen möchte, um einerseits den Staat von kaum mehr zu leistenden Aufgaben zu entlasten und andererseits die Selbstgestaltungskräfte in der Gesellschaft zu fördern. Wenn das im Falle der wirtschaftlichen Selbstverpflichtungen gelingen soll, müssen sie klaren Kriterien genügen. Dazu gehören genaue und quantifizierbare Ziele, sorgfältige Prüfung des Nutzens, ausreichende Kontrolle (Monitoring), öffentlich zugängliche Zwischen- und Ergebnisberichte, spürbare Sanktionen bei Nichteinhaltung. Da Ernsthaftigkeit und Nutzen von Selbstverpflichtungen so unterschiedlich beurteilt werden, hat die politische und fachliche Öffentlichkeit, einschließlich der Umweltverbände, eine bedeutende Funktion für das Gelingen, sowohl beim Zustandekommen wie bei der Begleitung. Diese öffentliche Teilnahme zu fördern und damit die Interessen des Gemeinwohls mit den Interessen der Wirtschaft zu verbinden, ist eine wichtige Aufgabe ökologischer Ethik.

Verbrauchermacht

Einflußnahme durch Konsumverhalten und damit die Ausübung von Verbraucher­macht ist eines der Felder, auf denen sich das oben beschriebene Ohnmachtsgefühl durchbrechen läßt. Sie richtet sich auf die Bevorzugung oder aber auf die Enthaltung von bestimmten Produkten und Dienstleistungen, wird von einzelnen ausgeübt, aber erst als Aktion vieler wirksam. Sie geschieht auch ohne förmliche Verabredung (wie zuletzt bei der Entdeckung des BSE-Befalls), gewinnt aber an Schlagkraft, wenn sie verabredet wird. Verbraucher zu informieren und damit zu einem gezielten Kaufverhalten zu befähigen, ist darum ein wichtiger Teil einer von ökologischer Ethik motivierten Strategie.

Gerade große Firmen werden zunehmend in ihrem ökologischen und sozialen Verhalten beobachtet. Ihre Geschäftspraxis wird öffentlich diskutiert. Weil sie mächtig sind, werden sie verantwortlich gemacht für das, was sie Menschen und der Natur antun. Die Kampagne gegen Nestle's Babymilch, der Rückzug der Heineken-Brauerei aus Burma, die Arbeitsbedingungen in den Zuliefererbetrieben von Nike und Levi Strauss, die Zurückweisung von genmanipulierten Lebensmitteln (und der Kursrückgang der entsprechenden Firmen) – das sind klassische und kürzliche Beispiele für einen wenigstens zeitweiligen Erfolg von Kaufboykotts. Inzwischen genügt nicht selten schon die Sorge vor unerwünschtem Aufsehen, um Unternehmen zu besserer Fürsorge für Natur und Menschen zu bewegen. Das leitet über zum letzten Kapitel.

11 Verfahren der Einflußnahme

Bündelung der Kräfte

Eine ökologische Ethik wird gewiß auf die Einsicht und das aufgeklärte Eigeninteresse von Regierungen, Unternehmen, internationalen Institutionen setzen und sie bei ihrer Verantwortung behaften. Sie wird aber auch überlegen, wie die Zivilgesellschaft durch kompetente Vorschläge, hartnäckige Begleitung und notfalls durch Druck solche Einsicht weckt und fördert – lokal, national und international. Wie sich in den vorhergehenden Abschnitten gezeigt hat, sind die Möglichkeiten einzelner, eine nachhaltige Entwicklung zu befördern, zwar durchaus gegeben aber in ihrer Wirkung begrenzt. Eine ökologische Ethik wird darum die Bürgerinnen und Bürger ermutigen, ihnen sogar dringend nahelegen, die Kräfte zu bündeln und sich mit anderen so zusammenzuschließen, daß die kritische Masse entstehen kann, die einen stabilen gesellschaftlichen Veränderungsprozess in Gang setzt und, was entscheidend ist, in Gang hält.

Wichtig für die Bündelung der Kräfte sind vor allem Bürgerinitiativen und Nicht-Regierungs-Organisationen (NROs). Ihr erstaunlicher Aufschwung in den beiden letzten Jahrzehnten verdankt sich einem inneren und einem äußeren Umstand: dem erwachten Verantwortungsgefühl und der Erfahrung eines begrenzten, aber sich ausweitenden und stabilisierenden Erfolges.

Zum Erfolg haben die neuen Informationsmedien entscheidend beigetragen. Kurios genug: Von ihnen profitieren am meisten die globalen Finanzgeschäfte und die NRO's. Das Internet fördert die Akteure der Bürgergesellschaft auf vielfältige Weise: Informationen, auch über Grenzen hinweg verbreitet, schaffen den notwendigen Wissensstand; fachlicher und politischer Sachverstand läßt sich gebündelt einsetzen; Erfolgs- und Mißerfolgserfahrungen werden rasch weitergegeben und ausgewertet; Strategien werden gemeinsam entwickelt; Aktionen und Kampagnen können ohne Zeitverlust und, was noch wichtiger ist, ohne größere Kosten abgesprochen werden.

Mit allem haben die NRO's an fachlicher Kompetenz und politischer Wirkung gewonnen. Unter den früheren Bedingungen machten die Zeitverluste und die hohen Kosten internationaler Verständigung die NRO's oft genug hilflos. Mit Hilfe des Internets und dem dadurch ermöglichten Aufbau übernationaler Netzwerke haben Nicht-Regierungs-Organisationen inzwischen beachtliche Wirkungen auf politische Verhandlungen wie auch auf transnationale Unternehmen erzielt und sind eine eigene Gattung von Global Players geworden. (Dazu

Peter Wahl) Zu den jüngeren Beispielen gehört die Einwirkung von Greenpeace auf Texaco, Ford, Daimler-Chrysler, die daraufhin die „Global Climate Coalition“ (eine von der amerikanischen Industrie ins Leben gerufene Lobby zur Verhinderung von Vereinbarungen zum Klimaschutz) verließen. Ebenso die gerade zu Ende gegangene Arbeit der „World Commission on Dams“, die Leitlinien für den Bau von Staudämmen erarbeitet hat, einschließlich der Sozial- und Umweltstandards, und in der von der Weltbank über die Bau-Konzerne bis zu NRO's alle Interessen vertreten waren. Oder die Gespräche zwischen der entwicklungspolitischen Gruppe „Germanwatch“ und der Münchner Rückversicherungsgesellschaft über eine ökologische Anlage-Strategie der Prämien, die das Risiko der Rückversicherer nicht unfreiwillig erhöht.

Nach dem Scheitern der Klimakonferenz von Amsterdam ist der konzertierte Einsatz der NGO's geradezu unentbehrlich für den Fortgang der Bemühungen um eine Klimaschutzkonvention, die diesen Namen verdient. Wenn in den reformwilligen europäischen Staaten eine politische Lähmung verhindert werden soll, wenn in den zögernden Nationen Europas und vor allem in den USA und in Japan überhaupt erst die Bereitschaft zu Selbstverpflichtungen geschaffen werden soll, wird das nur gelingen, wenn die Zivilgesellschaften dieser Länder sich verbünden, gegenseitig stärken und mit abgestimmten Strategien einen öffentlichen und, wo nötig, auch drastisch vorgetragenen Druck auf Regierungen, Parteien, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften usw. ausüben. Die Stärkung der NGO's ist der wirksamste Beitrag, den Einzelne nach Amsterdam für den Klimaschutz leisten können.

Über diese akute Situation hinaus ist die Agenda 21 sowohl in den Kommunen als auch, wie etwa in Nordrhein-Westfalen, als Landesagenda ein lohnendes Arbeitsfeld, auf dem gerade NRO's ihren Beitrag leisten können. Dies gilt, sofern sie Sachwissen und Beharrlichkeit mit Lernbereitschaft und Kompromißfähigkeit verbinden.

Erst langsam wird deutlich, eine wie wichtige Rolle charismatische Persönlichkeiten, vorsichtiger: Menschen mit persönlicher Ausstrahlung in diesen Prozessen spielen. Ein Beispiel ist die entscheidende Bedeutung, die Raul Estrada, der argentinische Botschafter in China und Vorsitzende des Committee of the Whole (Hauptausschuß) auf der Kioto-Konferenz, für das Zustandekommen der Vereinbarung gehabt hat. (Sebastian Oberthür/Hermann Ott)

Konsens- und Konfliktregelungsverfahren

Um politisch wirksam zu werden, wird die organisierte Zivilgesellschaft (Gewerkschaften, Kirchen, Bürgerinitiativen, NRO's) in vielen Fällen strategische Allianzen bilden, etwa wenn sie sich an Konsensverfahren oder Konfliktregelungsverfahren beteiligt. Das Umweltgutachten 1994 nennt sie in diesem

Zusammenhang „Experten aus Engagement“ für das Gemeinwohl (161), sieht in ihnen die Schrittmacher im Aufdecken von Defiziten und Erfordernissen und spricht ihnen die stärkste ethosbildende Kraft zu.

In solchen Verfahren werden Ergebnisse mit Hilfe einer begrenzten Kooperation gesucht. Sie sind gewiß kein Allheilmittel. Nicht alle Konflikte lassen sich so lösen, und unentbehrlich zum Erfolg sind ein ernsthaftes Interesse an einem solchen Prozess und eine „genuin ethisch motivierte Bereitschaft zu Abwägung und Kompromiß“ (ebendort, 159). Dann aber bieten sie gute Aussicht, belastenden Streit, Zeitverluste und Kosten zu vermeiden, Interessen auszugleichen und etwa im Spannungsfeld Naturschutz und Technik innovative Lösungen zu finden. Das Feld der Vermittlungsverfahren reicht vom Streit über Abfallbeseitigung bis zu Bündnissen für Umwelt und Arbeit. Jüngstes Beispiel ist die Initiative „Jetzt“ zur CO₂-Minderung durch energetische Sanierung von 300 000 Altbau-Wohnungen pro Jahr, die dafür auf staatliche Förderung drängt. An ihr beteiligen sich mit dem DGB zusammen Parlamentarier, Architekten, Bauforschungsinstitute und Baufirmen.

Die Teilnahme an alternativen Konfliktregelungsverfahren ist etwa für Umweltverbände mit einer spezifischen Belastung verbunden. Sie treten ja für einen maximalen Schutz der Natur ein und stehen unter einem entsprechend hohen Erwartungsdruck ihrer Mitglieder. Das Ergebnis der Verfahren ist aber fast immer ein ausgehandelter Kompromiß, der den Naturschutz mit individuellen, sozialen und ökonomischen Interessen auszugleichen versucht. Er läßt die Anwälte des Naturschutzes leicht als Verlierer eines Prozesses erscheinen, in dem sie von der cleveren Gegenseite über den Tisch gezogen wurden. (Fietkau/Weidner) Dem läßt sich sicher zum Teil vorbeugen; im übrigen ist dies der Preis der politischen Wirksamkeit. Die eigene Position kann nur unbefleckt erhalten, wer auf ihre Verwirklichung verzichtet.

Statt eines Schlusses: Nach ernsthaften Schätzungen werden die zu gegenwärtigen Kosten abbaubaren Vorräte an Erdöl um das Jahr 2015 zur Hälfte erschöpft sein. Spätestens dann, möglicherweise schon deutlich früher, werden die für diese Leit-Energie zu zahlenden Preise über die uns schon jetzt beunruhigende Höhe hinaus drastisch ansteigen, desto mehr, je stärker und je länger die wachsende Menschheit auf nicht-erneuerbare Energieträger angewiesen ist. Was das hierzulande für Wirtschaft, Konsum und das Zusammenleben bedeutet, was dadurch an sozialen Spannungen zwischen Armen und Reichen national und erst recht international entstehen wird, ist nicht schwer auszumalen. Eine ökologische Ethik wird damit zu einer Frage der Selbsterhaltung.

Literatur

- Altner, G. (1991), Naturvergessenheit: Grundlagen einer umfassenden Bioethik. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Altvater, E./Mahnkopf, B. (1997²), Grenzen der Globalisierung. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Amery, C. (1972), Das Ende der Vorsehung. Reinbek: Rowohlt
- Andreas-Griesebach, M. (1994), Eine Ethik für die Natur. Frankfurt a.M.: Fischer
- Bastian, T. (1991): Ein tiefenpsychologischer Beitrag zur Kritik der „ökologischen Unvernunft“. In: Praxis der Psychotherapie und Psychosomatik, Heft 36, 166-171
- Beirat des Beauftragten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland für Umweltfragen (1995), Gefährdetes Klima – unsere Verantwortung für Gottes Schöpfung. Hannover: Kirchenamt der EKD
- Birnbacher, D. (1988), Verantwortung für zukünftige Generationen. Stuttgart: Reclam
- Buchen, J. u.a. (Hgg.) (1994), Das Umweltproblem ist nicht geschlechtsneutral. Bielefeld: Kleine
- BUND/Misereor (1998⁵), Zukunftsfähiges Deutschland. Basel: Birkhäuser
- Czempiel, E.-O. (2000), Eine Welt ohne Feinde? Der Spiegel Nr. 43
- Club of Rome (1991), Die globale Revolution. Hamburg: Spiegel
- Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, Umweltgutachten 1994: Für eine dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung. Umweltgutachten; 1996: Zur Umsetzung einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung; 1998: Umweltschutz: Erreichtes sichern – neue Wege gehen. Stuttgart: Metzler-Poeschel
- Deutsche Shell (Hg.) (2000), Jugend 2000. 2 Bde. Opladen: Leske + Buderich
- Die deutschen Bischöfe (1998), Handeln für die Zukunft der Schöpfung. Bonn: Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz
- Eppler, E. (1974), Maßstäbe für eine humane Gesellschaft: Lebensstandard oder Lebensqualität? Stuttgart: Kohlhammer
- Fietkau, H.-J./Weidner, H. (1998), Umweltverhandeln. Berlin: Edition Sigma
- Frey, Bruno S./Kucher, Marcel (1999), Umweltmoral oder Umweltökonomie. Jahrbuch Ökologie. München: Beck
- Frisch, M. (1979), Tagebuch 1966 – 1971. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Gehlen, A. (1973), Moral und Hypermoral. Frankfurt/Main, Athenäum
- Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Wie kann geschehen, was geschehen muß? Begegnungen 8/1992. Evangelische Akademie Mülheim/Ruhr
- Gottwald, Franz-Theo/Klepsch, Andrea (Hgg.) (1995), Tiefenökologie. München, Diederichs.
- Hauff, V (Hg.) (1987), Unsere gemeinsame Zukunft. Greven: Eggenkamp
- Hirsch Hadorn, G. (2000), Umwelt, Natur und Moral. Eine Kritik an Hans Jonas, Vittorio Hösle und Georg Picht. Freiburg: Alber

- Honecker, M. (2000), Schöpfung als Thema und Problem der Ethik. In: Nothelle-Wildfeuer, U./Glatzel, N. (Hgg.), *Christliche Sozialethik im Dialog*. Graftschaff: Vektor
- Hösle, V. (1991), *Philosophie der ökologischen Krise*. München: Beck
- Hösle, V. (1997), *Moral und Politik*. München: Beck
- Inglehart, R. (1997), *Modernisierung und Postmodernisierung*. Frankfurt/Main: Campus
- Jonas, H. (1984), *Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technische Zivilisation*. Frankfurt a.M: Insel
- Jung, W.-C. (2000) *Ethische Grundlagen einer Nutztierhaltung und ihre gesellschaftlichen Rahmenbedingungen*. In: *Überland*, 8. Jg. H. 1
- Kaiser, Gert (1998), *Fortschritt und Verantwortung in Grundlagenforschung und Technologie*. In: Steinmann/Wagner, *Umwelt und Wirtschaftsethik*.
- Kleber, E. W. (1996), *Individuelle Hemmnisse umweltverträglichen Handelns*. Berlin: Verein zur Förderung der Ökologie im Umweltbereich
- Kohn, A. (1993), *Punished by Rewards*. Boston: Houghton Mifflin
- Kuckartz, U. (1998), *Umweltbewußtsein und Umweltverhalten*. Berlin: Springer
- Kuckartz, U., *Umweltbewußtsein 2000 in Deutschland*. Manuskript (Umweltbundesamt)
- Lass, W./Reusswig, F. (2000), *Strategien der Popularisierung des Leitbildes „Nachhaltige Entwicklung“ aus sozialwissenschaftlicher Perspektive*. Berlin: Umweltbundesamt
- Leisinger, K. M. (1997), *Unternehmensethik*. München: Beck
- Leunig, S./Heider, J. (1998), *Warum Menschen ihr Verhalten nicht ändern! Jahrbuch Ökologie*. München: Beck
- Linz, M. (1994), *Der aufgeklärte Eigennutz*. In: Däubler-Gmelin, H. u. a. (Hgg.), *Gegenrede. Festschrift für Ernst Gottfried Mahrenholz*. Baden Baden: Nomos
- Linz, M. (1998), *Spannungsbogen. ‚Zukunftsfähiges Deutschland‘ in der Kritik*. Basel: Birkhäuser
- Loske, R. (1996), *Klimapolitik*. Marburg: Metropolis
- Merchant, C. (1987), *Der Tod der Natur*. München: Beck
- Meyer-Abich, K. M. (1997), *Praktische Naturphilosophie*. München: Beck
- Müller, M./Hennicke, P. (1994), *Wohlstand durch Vermeiden*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Oberthür, S./Ott, H. E. (2000), *Das Kyoto-Protokoll*. Berlin: Springer
- Ott, K. (1993), *Ökologie und Ethik*. Tübingen: Attempto
- Reusswig, Fritz (1998), *Die ökologische Bedeutung der Lebensstilforschung*. In: de Haan, G./Kuckartz, U. (Hgg.), *Umweltbildung und Umweltbewußtsein*. Opladen: Leske + Buderich
- Sachs, W. (Hg) (1993), *Wie im Westen so auf Erden*. Reinbek: Rowohlt
- Sachs, W. (2000), *Wie zukunftsfähig ist Globalisierung?* Wuppertal Papers Nr. 99
- Schäfer, M./Schön, S. (2000), *Nachhaltigkeit als Projekt der Moderne*. Berlin: Edition Sigma
- Schellnhuber, H.-J. u.a. (1999), *Erdmanagement – Vision oder Alptraum*. Jahrbuch Ökologie. München: Beck
- Scherhorn, G. (1994), *Egoismus oder Autonomie*. In: Heck, Th. L. (Hg.), *Das Prinzip Egoismus*. Tübingen: Nous
- Scherhorn, G. (1997), *Das Ganze der Güter*. In: Meyer-Abich K. M. (Hg.), *Vom Baum der Erkenntnis zum Baum des Lebens*. München: Beck

- Scherhorn, G./Hellenthal, F./Schrödl, S. (o.J. (2000)), Umweltschonung als kommunale Aktion. (Vervielfältigt)
- Seifert, E. K. /Pfriem, R. (Hgg.) (1989), Wirtschaftsethik und ökologische Wirtschaftsforschung. Bern: Paul Haupt
- Simonis, E.U. (Hg.) (1996), Weltumweltpolitik. Berlin: Rainer Bohn
- Steinmann, H. /Wagner G.H. (Hgg.) (1998), Umwelt und Wirtschaftsethik. Stuttgart: Schäffer & Poeschel
- Tönnies, F. (1922), Kritik der öffentlichen Meinung. Berlin: Springer
- Ulrich, Peter (1997), Integrative Wirtschaftsethik. Bern: Paul Haupt
- Umweltbundesamt (1997), Nachhaltiges Deutschland. Berlin: Schmidt
- Vischer, W. (1993), Probleme der Umweltethik. Frankfurt a.M: Campus
- Wahl, P. (2000), Möglichkeiten und Grenzen transnationaler Kooperation. In: Böttger, W. u.a. (Hgg.), Politik und Weltgesellschaft. München: Rainer Hampp
- Weizsäcker, E.U. von (1997⁵), Erdpolitik. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Wickler, W./Seibt,U. (1991), Das Prinzip Eigennutz. München: Piper
- Wieser, W. (1998), Die Erfindung der Individualität. Heidelberg: Spektrum
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (1999), Welt im Wandel: Umwelt und Ethik. Marburg: Metropolis